

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe; Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 9. März 1946 - 46. Jahrgang - Nr. 10

Bremsung des wirtschaftlichen Booms notwendig
Um eine dem Allgemeinwohl dienende Wirtschaftsordnung und Wohnbaupolitik

Die Generalversammlung der Genossenschaftlichen Zentralbank

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Verwaltung, Herrn Nationalrat Dr. M. Weber, fand am letzten Samstagnachmittag im Genossenschaftshaus Freidorf bei Basel die ordentliche Delegiertenversammlung der Genossenschaftlichen Zentralbank statt, an der 77 Delegierte ein Anteilscheinkapital von Fr. 8 537 000.—, von insgesamt Franken 13 654 000.—, vertraten.

Die Versammlung genehmigte einstimmig Geschäftsbericht und Bilanz auf Ende 1945, unter Dechargeerteilung an die Verwaltung.

Aus dem Nettoüberschuss von Fr. 1 027 573.11 werden gemäss Antrag der Bankbehörden Franken 524 000.— zur Verzinsung der Anteilscheine mit 4% (wie in den Vorjahren) verwendet, wiederum Fr. 250 000.— dem Reservefonds überwiesen und Fr. 252 673.11 auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Verwaltung sowie die Kontrollstelle wurden in der bisherigen Zusammensetzung für eine neue Amtsdauer bestätigt.

Wie es sich für aufmerksame, interessierte Genossenschafter gehört, wird von ihnen erwartet, dass sie *vor* einer Generalversammlung den Jahresbericht gelesen haben und deshalb über das, was sie schon wissen, nicht mehr orientiert zu werden brauchen. Unter dieser Voraussetzung bleibt Zeit für die Erörterung weiterer Fragen — ein höchst begrüssenswerter Umstand, von dem auch an der diesjährigen Generalversammlung unseres zentralen Bankinstitutes wieder in bedeutsamer Weise Nutzen gezogen wurde. Sowohl der Präsident der Verwaltung, Herr Nationalrat *Dr. Weber*, wie Herr Direktor *Dr. Küng* nahmen zu einigen für unsere allgemeine Wirtschaftspolitik wie das engere Gebiet der Wohnungsmarktpolitik entscheidenden Problemen Stellung und schufen so der Jahreszusammenkunft unserer Zentralbank von neuem ein Forum, das weit über den Rahmen der von den anwesenden Delegierten repräsentierten Bewegung hinausreicht. Die rege Anteilnahme der Tagespresse an den Tagungen zeigt, wie stark man auch andernorts die freimütige, von einer überlegenen Kenntnis der Verhältnisse und von Verantwortung gegenüber dem Ganzen getragene Stellungnahme der Bankleitung beachtet.

Im folgenden sind sowohl aus den einleitenden Ausführungen von Herrn Nationalrat Dr. Weber wie dem Referat von Herrn Direktor Küng wichtige Teile wiedergegeben.

So führte der Präsident der Verwaltung zur allgemeinen Wirtschaftspolitik u. a. aus:

In der internationalen Handelspolitik machen sich Tendenzen bemerkbar, die *für die Zukunft keine günstigen Perspektiven* eröffnen. Ich denke an die Hemmungen im Warenhandel. Dass verarmte Länder in erster Linie ihren notwendigsten Lebens- und Produktionsbedarf decken wollen und im Bezug von nicht lebensnotwendigen Waren zurückhalten, ist selbstverständlich. Wenn aber reiche Länder dem Güteraustausch Fesseln anlegen, wenn solche Länder, wie die Vereinigten Staaten, die zum Gläubiger fast der ganzen Welt geworden sind und ihre Guthaben doch schliesslich nur in Form von Waren verzinst und zurückbezahlt erhalten können, mehr exportieren wollen als einführen, so stellt das die wirtschaftliche Logik auf den Kopf.

Unter Führung der Nordamerikanischen Union ist im Juli 1944 in *Bretton Woods* ein internationales Abkommen über die Stabilisierung der Wechselkurse mit Hilfe eines grossen Fonds und die Errichtung einer Bank für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft zustande gekommen. Von den Staaten, die in Bretton Woods mitmachten, haben die meisten (bis auf Russland, Australien, Neuseeland und Indien) das Abkommen ratifiziert, wenn auch zum Teil sehr zögernd und mit Widerstreben. Doch der ganze Plan, der Bretton Woods zugrunde liegt, wird scheitern, wenn nicht die Ströme des internationalen Güteraustausches, die schliesslich den Finanztransfer und damit die Stabilisierung der Wechselkurse ermöglichen müssen, vernünftig fliessen können. Die Grossmächte der Weltwirtschaft haben es weitgehend in der Hand, das richtige Funktionieren des internationalen Waren- und Zahlungsverkehrs zu lenken. Mögen sie sich ihrer Verantwortung bewusst sein.

Zusammen mit der aufgestauten Nachfrage des Inlandes erlebt die *Schweiz* zurzeit eine Beanspruchung der Volkswirtschaft, wie sie noch nie beobachtet werden konnte. Es könnte noch wesentlich mehr produziert werden, wenn mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen würden. Kaum ist der Engpass im Transportwesen einigermassen überwunden, so stehen wir in einem neuen Engpass, der durch den *Mangel an Arbeitskräften* gekennzeichnet ist. Dabei sind heute etwa 200 000 Personen oder 10 % mehr beschäftigt als vor Kriegsausbruch. Man hat erklärt, das stehe mit allen Konjunkturprophezeiungen in Widerspruch. Das stimmt nicht. Es war allerdings mit der Möglichkeit gerechnet worden, dass bei plötzlicher Demobilisation nicht alle entlassenen Wehrmänner sofort beschäftigt werden könnten, da die Friedenswirtschaft einer gewissen Anlaufzeit bedürfe. Das hat sich auch in den meisten Ländern bewahrheitet. In der Schweiz wurde dieser Schock nicht verspürt, da die Reduktion des militärischen Bedarfs im Verhältnis zur Produktion für den zivilen Bedarf kein grosses Ausmass hatte und bei Kriegsende keine grossen Truppenteile mehr im Felde standen.

Die eine Hauptursache der gegenwärtigen Vollbeschäftigung ist der enorme *Wiederaufbau-* und *Nachholbedarf* im Ausland und bei uns. Ein sehr wichtiger Faktor ist aber ausserdem die Tatsache, dass auch unser Staat während einiger Jahre mehrere Milliarden Geld mehr in Verkehr gebracht hat, als an Gebrauchsgegenständen zum Kaufen zur Verfügung standen. Es hat sich daher eine Kaufkraft aufgestaut, die sich nun zeitweise auf dem Markt geltend macht, soweit sie nicht durch Rationierung oder Hoffnung auf Preisrückgang und bessere Qualitäten zurückgehalten wird. Sie wird auch jetzt noch verstärkt durch die Kreditgewährung bzw. Vorschussleistung ans Ausland auf Kosten des Bundes sowie durch die mehreren hundert Millionen, die auch in diesem Jahre noch im Haushalt des Staates mehr ausgegeben als eingenommen werden. *Es besteht daher zweifellos eine inflationistische Tendenz,* man mag das noch so sehr bestreiten wollen.

Nun hat die Konjunktur-Forschung und -Theorie in den letzten Jahrzehnten bedeutende Fortschritte gemacht, und selbst liberale Oekonomen befürworten eine *aktive Konjunkturpolitik* des Staates, die vor allem darin bestehen soll, dass die Konjunkturspitzen ausgeglichen werden. Das heisst, dass man den

gegenwärtigen Boom bremsen und dämpfen soll, um den späteren Rückschlag weniger hart werden zu lassen.

Allein, allen diesen Erkenntnissen und Vorschlägen zum Trotz wird heute zum Teil gerade das Gegenteil gemacht. Man pumpt noch mehr Geld in die Wirtschaft, auch wo das vermeidbar wäre oder verschoben werden könnte. — Die Kredite an das Ausland sind auch noch unter einem andern Gesichtswinkel zu würdigen; für sie sprechen zum Teil politische Gründe und Erwägungen der Solidarität mit den notleidenden Völkern. Dagegen sollte zum Beispiel die Praxis der Steuerbehörden, namentlich bei der Kriegsgewinnsteuer, unter keinen Umständen mehr die Investitionstätigkeit fördern, wie das schon während des Krieges geschah und jetzt immer noch der Fall ist. Man sollte eher den Anreiz schaffen zu spätern Anlagen in Sachwerten bei rückläufiger Konjunktur. Auf jeden Fall ist *jetzt* der Moment, da eine Zügelung oder Lenkung der konjunkturellen Entwicklung einsetzen sollte.

Was die *Genossenschaftliche Zentralbank* anbetrifft, so können wir Sie versichern, dass ihre Mittel nur für notwendige wirtschaftliche Zwecke verwendet werden, namentlich für die genossenschaftliche *Warenbeschaffung* und die *Bekämpfung der grossen Wohnungsnot durch genossenschaftliche Bautätigkeit.*

Die wirtschaftlichen Probleme sind durch den Krieg nicht gelöst worden, sie sind höchstens zeitlich verschoben, aber anderseits auch ungemein verschärft worden. Nun ist es ein allgemeines Bestreben, eine Lösung zu finden, die möglichst viel Freiheit lässt. Allerdings verstehen nicht alle dasselbe unter Freiheit. Meistens geht es um die «Freiheit, die *ich* meine», während man die Freiheit des andern gerne zu seinen Gunsten beschränken möchte. Ich glaube, wir in der Genossenschaftsbewegung sind uns einig, dass wir jedem möglichst viel Raum zur Entfaltung seiner Kräfte geben wollen. Damit ist der Weg der schrankenlosen Freiheit, der nur die Starken und Mächtigen begünstigt und die andern in Abhängigkeit bringt, ausgeschlossen. Wir brauchen irgendeine Regelung, eine Ordnung im wirtschaftlichen Geschehen, wenn nicht Anarchie herrschen soll.

Und da bleibt nur die Wahl zwischen dem Eingreifen des Staates, das von oben, autoritär erfolgt und oft starr und schematisch ist, und der von unten aufgebauten, selbstgewählten genossenschaftlichen Ordnung, die viel mehr Mitspracherecht und Freiheit gewährt.

Es ist sehr bedauerlich, dass die massgebenden Kreise unserer Wirtschaft und auch der Behörden diese Alternative noch nicht erkannt haben und immer noch glauben, es gebe eine Rückkehr in die Vorkriegszeit oder gar ins 19. Jahrhundert. Wohl wird die grosse Bedeutung der Genossenschaftsbewegung heute anerkannt — die Beratung der Wirtschaftsartikel im eidgenössischen Parlament hat das gezeigt —, aber vielerorts betrachtet man sie noch mit Missgunst und möchte ihre Entwicklung gerne unterbinden. Natürlich ist es ja in erster Linie Aufgabe der überzeugten Genossenschafter, ihre Ideen zu verbreiten und nachzuweisen, dass einzig durch Zusammenschluss und Zusammenarbeit nach genossenschaftlichen Grundsätzen die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Nachkriegszeit auf dem Boden der Gleichberechtigung und Freiheit möglich ist.

Die Genossenschaftliche Zentralbank ist nur ein Glied der schweizerischen Genossenschaftsbewegung. Doch dank der erfreulichen Entwicklung und der inneren Konsolidierung, die sie in den 18 Jahren ihres Bestehens erfahren konnte, ist sie in der Lage, den Genossenschaften auch bei der Bewältigung der kommenden Aufgaben als Stützpunkt zu dienen.

Wir brauchen eine aufgeschlossene Wohnbaupolitik

Herr Direktor Dr. *H. Küng* führte u. a. aus:

Wenn die Wohnungskalamität behoben werden soll, dann ist es unerlässlich, dass die *Subventionsfrage* überall mit Aufgeschlossenheit angepackt wird, da den sozial fortschrittlichen Kantonen und Gemeinwesen nicht zugemutet werden kann, dass sie das Wohnungsproblem auch noch für andere lösen.

Der heutige unerfreuliche Zustand offenbart deutlich, wo wir heute stehen würden, wenn man nach den Ratschlägen der besonders Vorsichtigen mit dem Bauen bis zur Rückkehr der sogenannten «normalen» Zustände zugewartet hätte! Die Folgen davon

wären heute eine völlige Misere am Wohnungsmarkt, die überstürzte Erstellung von Baracken und Notwohnungen für all die vielen Wohnungsuchenden und am Ende der kommunale Wohnungsbau selbst. Damit wäre sozusagen aus innerm Zwang wieder eine weitere ausgesprochene Domäne der Privatwirtschaft automatisch dem Staat zur Betreuung überbunden worden.

Es ist für uns eine grosse Genugtuung, dass auch wir aus freien Stücken und aus innerer Ueberzeugung schon frühzeitig *sehr bedeutende Mittel zur Lösung dieser akuten und schönen Aufgabe eingesetzt* hatten. So wurden allein in den beiden letzten Jahren von den erstellten rund 12 000 neuen Wohnungen in den statistisch erfassten 33 grössern Städten annähernd 1400, worunter 600 Einfamilienhäuser, durch unsere Bank finanziert. Das entspricht für unsere relativ kleine Bank, deren Bilanzsumme von 200 Millionen Franken nur einen kleinen Bruchteil der das Grundkreditgeschäft tätigenden Institute und Versicherungen ausmacht, einer Quote von über 11 % oder einem Neuntel. Dieser sehr respektable Anteil dokumentiert mehr als lange Worte die aktive Förderung, die wir dem Wohnungsbau zuteil werden liessen.

Unvermeidlich kann ein Grossteil der neuerstellten Häuser nur von schlichtem Aeussern sein, obschon man in den meisten Fällen bestrebt war, ästhetisch und praktisch zu bauen und auch der Einrichtung alle Aufmerksamkeit zu schenken. Man muss sich im klaren sein, dass mit der Beschaffung besonders komfortabler Wohnstätten das Wohnungsproblem noch lange nicht gelöst ist. Seine eigentliche Dringlichkeit liegt naturgemäss vielmehr vor allem in der

Erstellung möglichst preiswerter Wohnungen für jene breiten Bevölkerungsschichten, die mit jedem Franken rechnen müssen.

Deshalb möge man bei der Beurteilung der einzelnen Siedlungen, welche wegen der Kostenfrage nicht immer die wünschenswerte Lockerung aufweisen können, diese Zusammenhänge mitberücksichtigen und nicht oberflächliche Werturteile fällen, die schliesslich auf eine Diskreditierung der ganzen Kolonie oder gar des genossenschaftlichen Bauens hinauslaufen. Im übrigen können auch diese einfachen Wohnungen solid und ansprechend gestaltet werden, wenn ihre Betreuer und allen voran die Architekten sich auch dieser Aufgabe mit Interesse und der notwendigen Hingabe widmen. Das ist leider nicht überall der Fall gewesen; aber man möge aus begangenen Fehlern lernen und dafür sorgen, dass auch diese einfachen Heimstätten, die mehr als alle andern nicht nur die Unterstützung des Staates, sondern auch die Sorgfalt der Architekten und Unternehmer verdienen, ihren Bewohnern stets ein Hort der Freude und der innern Befriedigung bedeuten.

Es ist vorauszusehen, dass sich im Laufe der Zeit bei den erstellten «Kriegsbauten», wie das letzte Mal, vermehrte Abnützungserscheinungen bemerkbar machen und die Kritik der Besserwisser oder der grundsätzlichen Gegner des genossenschaftlichen Bauens herausfordern werden. Weil ich all diese Einwände kommen sehe, liegt mir daran, heute schon in aller Form festzustellen, dass die unentwegten Förderer des Wohnungsbaues diese möglichen Konsequenzen des kriegsbedingten Bauens mindestens ebensogut zu erkennen vermögen wie jene, die sich heute vorsichtig im Hintergrund halten und andere die notwendige Pionierarbeit tun lassen. So viel unerfahrener und ahnungsloser sind sie ja auch nicht.

Aber die Frage dreht sich auch gar nicht darum, sondern nach wie vor um die

sofortige Beschaffung der notwendigen Wohnungen,

die mit oder ohne Ersatzstoffe einfach erstellt werden müssen. Und da darf wohl festgehalten werden, dass die initiativen Förderer des Wohnungsbaues sie entschieden klarer gesehen haben als die unentwegten Skeptiker, weil sie einsichtig genug waren, zu erkennen, dass eine mit den vorhandenen Materialien und Subventionen gebaute Wohnung vom sozialen und damit vom staatspolitischen Standpunkte aus immer noch nützlicher ist als keine Wohnung oder ein Barackenlager! Es ist daher zu wünschen, dass dereinst, wenn die Nachteile der kriegsbedingten Ersatzstoffe an den Bauten stärker zutage treten, die Schäden als unabwendbare Konsequenz der Mangelwirtschaft betrachtet und mit allseitigem Verständnis aufgefasst und schliesslich so gut als möglich behoben werden.

Die ideologischen Gegner der Genossenschaft mögen über das genossenschaftliche Wirtschaftsprinzip denken wie sie wollen. Aber niemand wird im Falle des Wohnungsbaues

die erfolgreiche und wirksame Mitarbeit der Baugenossenschaften bei der Lösung des Wohnungsproblems

übersehen können. Man darf sicher mit vollem Rechte sagen, dass sie dabei, in enger Zusammenarbeit mit den Behörden, einmal mehr einen entscheidenden Beitrag geleistet haben. Dazu sei noch besonders hervorgehoben, dass die Initiative der wahren Baugenossenschaften und ihrer unermüdlichen Betreuer nicht durch die Hoffnung auf materielle Vorteile diktiert wurde, sondern ausschliesslich dem Drang, zu helfen, entsprungen ist; also jenen sozialen Motiven, die den wirklichen, auf dem Grundsatz der Selbsthilfe aufgebauten Genossenschaften längst zum wegleitenden Dogma geworden sind.

Wer durch seine Arbeit mit diesen schlichten Pionieren und Betreuern der genossenschaftlichen Sache in Berührung kommt und dadurch Zeuge ihres leidenschaftlichen Einsatzes ist, wird kaum unbeeindruckt an der ihrer Ideologie zugrunde liegenden sittlichen Kraft vorbeisehen können. Es scheint mir daher, dass in dem neuerdings entbrannten Streit um die Wirtschaftsformen füglich auch auf das Beispiel der Genossenschaften verwiesen werden darf, die in privatwirtschaftlicher Form neue und erfolgreiche Wege gegangen sind. Deshalb dürfen sie auch mit Recht Anspruch darauf erheben, im Rahmen unseres gesamten wirtschaftlichen Organismus so gut wie ihre Gegner ein ebenso wertvolles und selbstverständliches Glied zu sein.

Es sei in diesem Zusammenhang dankbar anerkannt, dass der Bund, die Kantone und verschiedene grössere Gemeinwesen den Baugenossenschaften mit ihren bedeutenden Subventionen und namentlich mit der sehr wirksamen Mithilfe bei der Finanzierung durch Uebernahme oder Verbürgung der Nachgangshypotheken ihre Aufgabe stark erleichtert haben. Dank dieser Hilfe ist der Wohnungsbau auf eine wesentlich solidere Finanzierungsbasis gestellt worden als in der ersten Kriegs- und Nachkriegsperiode.

Dieser Umstand trägt auf jeden Fall viel dazu bei, dass diesmal die Rückschläge bei der Preisrückbildung, sofern sie überhaupt einmal Tatsache wird, bedeutend weniger nachhaltig ausfallen sollten.

Nach dieser positiven Würdigung seien mir schliesslich im Interesse der Sache noch

einige kritische Bemerkungen

gestattet.

Erfreulicherweise hat man, wenn auch etwas später, auch in *Basel* die ganze Wohnbauaktion mit sehr erheblichen öffentlichen Mitteln tatkräftig gefördert. Um so bedauerlicher ist es darum, dass (im Gegensatz zu andern Städten) nach dieser weitgehenden finanziellen Hilfe das Bauen durch alle möglichen und unmöglichen Vorschriften der massgeblichen Instanzen so gehemmt wird, dass sie von den Bauinteressenten immer mehr als eine unnötige Erschwerung und Schikane, ja oft gar als eine Bevormundung des privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbaues empfunden wird. Es scheint nicht selten auch an der notwendigen Koordination der verschiedenen amtlichen Stellen zu fehlen. Alles zusammen führt infolgedessen immer stärker zu einer eigentlichen Hemmung der Bautätigkeit.

Diese Feststellungen haben nicht den Sinn von Vorwürfen an die Adresse der betreffenden Beamten, deren Haltung von ihrem Pflichtgefühl diktiert sein mag. Sie sollen nur dazu beitragen, dass die beratenden Kommissionen des Staates nicht nur über die Subventionen beschliessen, sondern — und zwar unter Anhörung der Baupraktiker — auch das bisherige «Prozedere» einmal einer genauen Prüfung unterziehen und insbesondere dafür Sorge tragen, dass auch diesbezüglich so rasch als möglich die so dringend wünschenswerte Vereinfachung desselben in die Wege geleitet wird.

Es darf sodann darauf hingewiesen werden, dass die privaten Bauherren wie die seriösen Genossenschaften ja nicht zum erstenmal bauen und in vielen Fällen sich dieser Aufgabe angenommen haben, lange bevor ihre heutigen Schulmeister oder die eingesetzten Kommissionen, in denen sich oft Leute befinden, für die der Wohnungsbau völliges Neuland bedeutet, sich mit diesen Fragen befasst hatten. Es wäre nun wirklich an der Zeit, dass die heutige Schwerfälligkeit in der Abwicklung des Bau- und Subventionsverfahrens einer elastischeren und aufgeschlosseren Regelung Platz macht, ansonst höchstens an einem Beispiel mehr die ganze Schwerfälligkeit des Staatsbetriebes offenbar wird.

Aehnliche Einwände können auch in bezug auf die *Mietpreiskontrolle* erhoben werden. Es lässt sich nicht bestreiten, dass sie nicht nur eine sehr beachtliche Stabilität des Mietindexes ermöglichte, sondern auch ein wirksames Mittel zur Begrenzung der Teuerung war. All das sei vorbehaltlos anerkannt. Aber die allzu starre Begrenzung der Mietzinse und damit der Bruttorendite, wie sie oft praktiziert wird, hat doch auch ihre Nachteile und Gefahren. Man soll sich deshalb nicht wundern, wenn speziell der private Bauherr keine grosse Lust zeigt, sein Geld in Liegenschaften zu investieren, solange sie ihm ausser einer auf lange Sicht betrachteten ungenügenden Rendite überdies noch die Bevormundung durch den Staat einbringen, wie Mieterschutz, Mietzinsbeschränkung oder in Zukunft vielleicht gar die geplante Erschwerung des Verkaufs. Im Grunde läuft die forcierte Tiefhaltung der Mietpreise wie seinerzeit die Verbilligung der Lebensmittel mit öffentlichen Geldern — wofür während des Krieges allein volle 600 Millionen Franken ausgesetzt wurden — auf eine höchst merkwürdige und auf die Dauer nicht ungefährliche Form staatlicher Lohnpolitik hinaus, indem der Hausbesitzer mithelfen muss, den für höhere Mieten nicht ausreichenden Lohn des Mieters durch eine unwirtschaftlich niedrige Miete einigermassen auszugleichen. *Man wird darum um eine Lockerung nicht herumkommen*, wenn man auch den privaten Hausbau wieder in vermehrtem Masse in den Produktionsprozess einschalten und einen sukzessiven Abbau der auf die Dauer in der heutigen Form doch untragbaren Subventionswirtschaft erreichen will.

Die heutige Bruttorendite, die sich im allgemeinen um 6% herum bewegt, ja oft sogar darunter liegt, vermag jedenfalls keinen grossen Anreiz zu bieten. Sie genügt auch bei den Genossenschaften auf weite Sicht nicht, um die notwendigen Rückstellungen für Abschreibungen und Unterhalt herauszuwirtschaften. Wenn die Stadt Zürich, die in der Wohnbaupolitik stets vorbildlich war und kaum im Verdacht steht, die Mietzinsen künstlich hochzuhalten, den durch sie geförderten Genossenschaften normalerweise eine minimale Bruttorendite von 6,3% vorschreibt, so tat sie das bestimmt in der Erkenntnis, dass dieser Satz die unterste Grenze für eine solide Finanzgebarung darstellt. Was dort auf Grund langer Erfahrungen als Grundsatz aufgestellt wurde, hat andernorts wohl kaum weniger Berechtigung.

Wie schwer die Mitezinsausfälle den Hausbesitz treffen und wie unerlässlich infolgedessen eine *rechtzeitige sorgfältige Abschreibungs- und Rückstellungspolitik* ist, hat sich in der letzten Liegenschaftskrise eindrucksvoll gezeigt. Es ist den meisten von Ihnen noch in lebhafter Erinnerung, wie empfindlich sich diese Belastungsprobe speziell für zahlreiche Genossenschaften auswirkte und welch grosser Anstrengung es zu ihrer schliesslichen Ueberwindung bedurfte. Dessen sollte man sich auch heute eingedenk bleiben, damit nicht einer allzu weitgehenden Tiefhaltung der Mieten zuliebe für die Zukunft der finanzielle Unterbau der Genossenschaften gefährdet wird.

Die Betreuer des heutigen genossenschaftlichen Wohnungsbaues und vor allem der zahlreichen neuen Genossenschaften mögen sich deshalb darüber Rechenschaft geben, dass mit der Erstellung der Wohnungen allein ihre Aufgabe noch nicht gelöst, sondern dass gleichzeitig dafür zu sorgen ist, dass sie auf einer ausreichenden Ertragsbasis aufgebaut werden, die den sorgfältigen Unterhalt, allfällige Mietzinsausfälle und angemessene Abschreibungen ermöglicht. Nur dann ist ein solider Aufbau und eine allmähliche Konsolidierung möglich, die die Baugenossenschaften über die Fährnisse von Krisen hinwegzuführen vermag und ihre hohe wirtschaftliche und soziale Bedeutung auch in späterer Zeit unter Beweis stellen wird.

Heutzutage nimmt jeder Mensch an, dass in ihm ein beseelendes, gebietendes, charakteristisches Wesen oder ein Geist steckt, der seine Person ausmacht. Dieser Geist, sei er nun trüb oder hell, kleinlich oder grosszügig, rein oder verdorben, spricht aus den Augen, schwingt in der Stimme und drückt sich in der Wesensart jedes einzelnen aus. Und das nennen wir «Persönlichkeit».

Charles W. Eliot

Der Fähigkeitsausweis am Pranger

In den Organen des Mittelstandes begegnet man Aeusserungen zum Teil sehr scharfer Missbilligung und sogar dem Vorwurfe der Sabotage der beruflichen Fortbildung, weil aus dem Kreise der Konsumgenossenschaften immer wieder Bedenken gegen die Einführung des *obligatorischen* Fähigkeitsausweises laut werden. Wie wenn die Genossenschaften ein Interesse daran hätten, den beruflichen Fortschritt irgendeines Standes zurückzubinden! Wogegen sie sich wehren und auch in Zukunft mit aller Energie auftreten müssen, ist die *missbräuchliche Benützung des beruflichen Fähigkeitsausweises zur Hemmung und Unterdrückung des leistungsfähigen Konkurrenten.* Und gerade wir in der Schweiz haben allen Anlass, gegenüber solchen Tendenzen auf der Hut zu sein. Wird doch als eines der wichtigsten Ziele des schweizerischen gewerblichen Fähigkeitsausweises die *«Sanierung» der Konkurrenzverhältnisse,* die bedeutende Erschwerung des Zugangs zu einem Beruf, des Berufwechsels, die Fernhaltung ungeeigneter Elemente bezeichnet.

Die Freunde des gewerblichen Fähigkeitsausweises kämpfen in dem Sinne auf einem günstigeren Boden, als wir in der Schweiz mit einem solchen *obligatorischen* gewerblichen Ausweis *noch keine praktischen Erfahrungen* haben und deshalb zu seinen Gunsten alle möglichen «ideellen» Vorteile ins Feld geführt werden können. Dem Gegner bleibt aber trotzdem eine noch starke Position mit seinen Warnungen, die er an den gesunden Menschenverstand richtet, aber auch auf die mannigfachen Erfahrungen im Rahmen der Kriegswirtschaft gründen kann. Angesichts des sehr starken Sukkurses, den die gewerblichen Forderungen in verschiedenen Kreisen erfahren, ist jedoch zu befürchten, dass alle Warnungen erst dann das richtige Gehör finden, wenn einmal die Praxis des obligatorischen Fähigkeitsausweises begonnen hat.

Wie real und praktisch bedeutsam alle diese Warnungen sind, die mit steter Sorge um die Folgen für die Genossenschaftssache, aber auch für die Allgemeinheit und nicht zuletzt das Gewerbe selbst immer wieder *Dr. Oskar Schär* den verantwortlichen Gesetzgebern zuruft, das zeigt ein sehr aufschlussreicher Bericht über die unter dem *Regime des Fähigkeitsausweises in Luxemburg* hervorgerufenen Zustände. Die betreffenden Ausführungen sind nirgends anders als in der *«Schweiz. Gewerbe-Zeitung»* selbst erschienen; sie erhalten dadurch noch besonderes Gewicht. Dass sie in dem zentralen Gewerbeblatt Aufnahme gefunden haben, ist aber auch ein erfreuliches Zeichen für dessen Objektivität, die wir anerkennen wollen. Wir hoffen jedoch, dass die Schilderung der durch die harte Anwendung des Fähigkeitsausweises in Luxemburg hervorgerufenen Misstände auch in den Gewerbekreisen dazu beitragen wird, die Gemüter etwas zu ernüchtern und das Verständnis für die Opposition der Gegner zu heben.

Wir lesen in der «Schweiz. Gewerbe-Zeitung» (Hervorhebungen und Schrifttypenänderung in der Regel von uns):

«Beim Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Gebiete im Osten und Norden Luxemburgs, der hauptsächlich von privaten Unternehmern und nicht in Staatsregie durchzuführen ist, war im Sommer und Herbst 1945 der *Mangel an Handwerkern* auf den Dörfern empfindlich fühlbar, da deren Zahl im Laufe der letzten Jahrzehnte fortdauernd zurückgegangen ist. An dem Rückgang sind verschiedene Umstände schuld. Manche der verbleibenden Handwerksmeister machen vor allem die Praxis der im Jahre 1924 gegründeten *Handwerkskammer* verantwortlich, die nach ihrer Auffassung

in bezug auf Ausbildung des Nachwuchses und Erteilung von Meisterlizenzen (Fähigkeitsausweisen) Anforderungen stellt, die für ländliche Verhältnisse zu hoch geschraubt sind

und nicht fördernd, sondern hemmend wirken. Der Vorwurf mag eine gewisse Berechtigung haben, und es kann zugegeben werden, dass eine Auflockerung der geltenden Normen zugunsten des Dorfhandwerks erforderlich wäre, um dessen Aussterben zu vermeiden. Auch heute üben noch viele Dorfhandwerker nicht bloss *einen* Beruf aus, sondern mehrere Berufe. Wie der Vater und Grossvater es hielten, lernt der Sohn wieder vorsorglicherweise zwei oder drei Berufe. Zu hochqualifizierter Meisterschaft wird er es wahrscheinlich in keinem davon bringen, *aber die Dorfbewohner möchten doch ihren vielseitigen Handwerker nicht missen.* Verweigert aber die Handwerkerkammer die Ausstellung der Meisterkarte, dann ist es zumeist mit der Selbständigkeit vorbei, der Mann muss in der Stadt Arbeit suchen *und die Dörfler müssen ebenfalls zur Stadt fahren, um dort ihre Reparaturen besorgen zu lassen und Gebrauchsgegenstände zu kaufen.* Dazu kommt, dass viele Jungen sich die Allgemeinbildung nicht aneignen können, denn auf dem Lande ist nicht Gelegenheit dazu, und zum Besuch einer entsprechenden Schule in der Stadt langen die Geldmittel nicht.

Was die ländlichen Handwerker verlangen, ist *mehr Freiheit.* Die Freiheit, ihren Beruf dem dörflichen Leben anzupassen. Man wollte oft das Bessere, aber das Bessere war der Feind des Guten. Wo hochfeine Spezialarbeit gefordert werden muss, müssen auch die Ausbildungsmöglichkeiten gegeben sein. Wer aber für das Spezialatelier nicht taugt, der kann noch immer gut brauchbar sein zur Herstellung der Geräte usw., deren der Bauer bedarf. Es ist wahr, dass die Bestimmungen der Handwerkskammer von Handwerkern geschaffen wurden, ebenso wahr ist jedoch, dass dabei auf die ländlichen Bedürfnisse zu wenig Rücksicht genommen wurde.

Bei der bestehenden Sachlage muss das ländliche Handwerk langsam aussterben. Es gibt heute Handwerker, die 20—30 Jahre in ihrem Beruf sind, denen aber hartnäckig die Meisterkarte verweigert wird, und neben diesen Hunderte von jungen Leuten, die gerne ein Handwerk lernen möchten, aber vor den Anforderungen zurückschrecken.

Von anderer Seite wird bestritten, dass die strengen Ausbildungsvorschriften der Handwerkskammer die Hauptschuld am Rückgang des Dorfhandwerks tragen; vielmehr sei dafür die *Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen* in den Städten und der Verkehrsverhältnisse verantwortlich. Die *geregelte Arbeitszeit* und die gute Bezahlung, die in den Städten üblich sind, lassen sich auf dem Lande nicht durchsetzen, weshalb die jungen Leute abwandern. Auch ziehen die Kunden vor, bei den in jeder Hinsicht besser ausgebildeten Meistern in der Stadt arbeiten zu lassen. Wenn die Leistungsfähigkeit des Handwerks in den letzten 20 Jahren trotz aller Schwierigkeiten auf dem Lande ebenfalls gehoben wurde, so sei das nicht zuletzt den Bestrebungen der Handwerkskammer zu danken, die darauf bedacht ist, die Konkurrenzfähigkeit der ländlichen Meister zu heben, und die damit gute Erfolge erzielte.

Es ist zu erwarten, dass sich die Abgeordnetenkammer in nicht ferner Zeit mit den Problemen der Zukunft des Handwerks befassen wird, die für die luxemburgische Volkswirtschaft ausserordentlich wichtig sind.»

Wenn in Luxemburg der Ruf *nach mehr Freiheit* ertönt, so dürfen wir gewiss sein, dass es auch in der Schweiz nicht lange gehen würde, bis gleiche Forderungen erhoben würden, selbst dann, wenn die ländlichen Gegenden von der straffen Durchführung des *obligatorischen* Fähigkeitsausweises befreit würden, wie das offenbar in Luxemburg angestrebt wird. *Wo wäre übrigens in der Schweiz der Grenzstrich zwischen Stadt und Land zu ziehen?*

Degradieren wir auf Grund all dieser und noch weiterer Erwägungen den Fähigkeitsausweis nicht zu einem schäbigen Instrument der Konkurrenzbeschränkung, zu einer mit viel Hinterlist gelegten Falle, in der gesunder gewerblicher Tätigkeitsdrang elendiglich verenden muss, sondern erhalten wir ihm den eigentlichen *berufsbildenden* Sinn! Lassen wir auch den Fähigkeitsausweis die Freiheit atmen und befreien wir ihn vor dem *viel Initiative abwürgenden Obligatorium.* Ein Fähigkeitsausweis, der *freiwillig* erworben wird, wird im Werte steigen und für alle fortschrittlichen Betriebe und Betriebsinhaber zu einer wichtigen Garantie der Leistungsfähigkeit werden.

Der Baum des Lebens in der Genossenschaftsidee

Was hat der V. S. K. mit dem Lebensbaum zu tun, fragen wir uns erstaunt, und doch sehen wir vielleicht Dutzende Male täglich das Wahrzeichen der genossenschaftlichen Bewegung in der Schweiz, jene drei Bäume, die, mit einem doppelten Band umschlungen, gleichsam zu einem einzigen Stamme zusammengewachsen sind. Kaum dass wir uns je einmal Rechenschaft gegeben haben, was dies Zeichen eigentlich bedeutet und woher es kommt. Vielleicht hat auch der «Erfinder» dieses Zeichens mehr instinktiv als bewusst gehandelt, als er es schuf. Sicher ist nur, dass es eine Abart der vielen Variationen jenes uralten Lebenssymboles darstellt, das wir als Lebensbaum kennen. Andere Variationen dieses Symbols sind uns sehr gut bekannt. Erinnern wir uns nur an das drei-, bzw. fünflappige Label-Zeichen, das als sogenannter «verkürzter» Lebensbaum anzusehen ist. Wir wissen auch, dass es als Garantiezeichen gilt für soziale Arbeitsbedingungen oder als Wahrzeichen eines neuen sozialen Lebens in der Schweiz. Auf vielen Markenartikeln finden wir ferner das drei- oder vierblättrige Kleeblatt, das ursprünglich ein Wahrzeichen irischer Herkunft ist. Andere Abarten des «verkürzten» Lebensbaumes finden wir als Zweig, Blatt oder Frucht auf vielen Firmenschildern der Inseratenseiten unserer Zeitschriften abgebildet.

Ganz abgesehen von der tiefen Symbolik, die in der Zahl drei enthalten ist, müssen wir uns unwillkürlich fragen: Ist es nicht blosser Zufall, dass wir immer wieder ganz unbewusst neues Leben auf irgendeinem Gebiet des menschlichen Lebens durch den Lebensbaum darstellen? So wäre es also Zufall, dass die Zimmerleute auf den fertigerstellten Dachstock des neuen Hauses das mit bunten Bändern geschmückte Aufrichtebäumchen stecken, oder dass wir uns zu Weihnachten um den lichterfüllten und neues Leben verheissenden Weihnachtsbaum stellen? Und ebenso wäre es Zufall, wenn dem Linden- oder Eichbaum im Dorfe besondere Bedeutung zukommt? Wir müssen vielmehr erkennen, dass uns der Baum als Symbol des Lebens auf allen unsern Schicksalswegen begleitet als Ausdruck des ewigen Geheimnisses, das die Geschichte von der Entstehung der Menschheit umhüllt.

Nicht alles ist uns über die Geschichte dieses Lebenssymbols bekannt, aber es ist gewiss, dass der Baum in jeder Geschichte, Sage oder Ueberlieferung, die von der Entstehung des ersten Menschen handelt, eine grosse Rolle spielt. Schon die Heilige Schrift weiss vom Baume des Lebens zu erzählen, der in der Mitte des Paradieses gestanden habe. Unter seinem schattigen Gezweig erschuf Gott das erste Menschenpaar. Nachdem sich die Ureltern am Baum der Erkenntnis versündigt hatten, bot ihnen der Baum mit seinen Blättern den ersten Schutz und die erste Bekleidung, während sich ein Engel auf den Weg zum unsterblichen Leben stellte, um den Zugang zum Baume des Lebens zu versperren. Aber ein neues ewiges Leben ist den ersten Menschen verheissen worden, und ein neuer Lebensbaum, das Kreuz, sollte Symbol dieses neuen Lebens werden.

Nehmen wir wahllos eine andere Entstehungsgeschichte des ersten Menschen zur Hand, so finden wir etwa in einer nordischen Sage die Erzählung, dass der erste Mensch aus dem Zusammenwachsen zweier Bäume entstanden sei. In der allbekannten Alraunwurzel mit ihrer dreigestaltigen Form ist uns der Baum als Lebens- und Fruchtbarkeitssymbol am deutlichsten bewusst.

Wir wollten die Geschichte des Lebensbaumes hier nur kurz andeuten, um zu zeigen, dass dieses Symbol nicht etwa eine Erfindung unseres modernen Zeitalters ist, sondern bis zu den Wurzeln unseres Stammbaumes, des Stammbaumes des Menschengeschlechtes nämlich, hinabreicht. Es lebt in uns unbewusst weiter als tiefster menschlicher Ausdruck des Lebenswillens und der Sehnsucht nach harmonischer Einheit. Dass diese Sehnsucht im Zeitalter der Technik und der Atomenergie nicht erloschen ist, das zeigt die steigende Vorliebe für dieses Symbol des Lebens. In diesem Sinne müssen wir auch das Wahrzeichen des V. S. K. verstehen, als Ausdruck des Willens, die Vereinzelung, die ja immer Kampf aller gegen alle und also den Untergang bedeutet, zu überwinden und durch den Zusammenschluss aller ein neues, soziales Zeitalter zu schaffen: Viribus unitis. B.

Gründe des Nachwuchsmangels

G. Niggli schreibt zu diesem heute auch für die genossenschaftlichen Betriebe so überaus wichtigen Problem in der Zeitschrift «Berufsberatung und Berufsbildung»:

Eine Berufsgruppe nach der andern erhebt Klage wegen Mangels an Lehrlingen und Lehrtöchtern, Mangels an jugendlichen Arbeitskräften, Mangels vor allem an weiblichen Arbeitskräften. Von Woche zu Woche sind ihrer mehr, und ihre Stimmen schwellen an zum ungeduldig-klagenden Chor: gegen die Jugend, die sich in ihren Berufswünschen zu wenig um die Bedürfnisse der Wirtschaft kümmere; gegen das Mindestaltergesetz, das den Uebertritt gleich von der Schule in die Fabrik hindere und damit manche Knaben und Mädchen dauernd von der Fabrikarbeit fern halte; gegen die Berufsberatung, die nicht das nötige Verständnis für einzelne Wirtschaftszweige aufbringe und zu einseitig eingestellt sei. Wenn auch die Klagen und Anklagen aus den Sorgen der einzelnen Berufsgruppen heraus verständlich sind, so gehen sie doch an den wirklichen Gründen des Nachwuchsmangels vorbei. Wir benützen deshalb die Gelegenheit, um anhand des Mitteilungsblattes des Delegierten für Arbeitsbeschaffung

(Oktober 1945) das Zusammenspiel der Gründe für den Nachwuchsmangel stichwortartig darzustellen.

1. Trotz der Steigerung der Importe muss die inländische Mehrproduktion von Nahrungsmitteln, Roh- und Betriebsstoffen sowie Industrieprodukten aufrechterhalten werden. Auch der ganze Apparat der kriegswirtschaftlichen Massnahmen kann nur ganz allmählich abgebaut werden. Somit dauert die Mangelwirtschaft mit ihrem verhältnismässig hohen Bedarf an Arbeitskräften weiter an.
2. Die Importe an Rohstoffen, z. B. in der Textilindustrie, bewirken eine Steigerung der Beschäftigung. Die Betriebe benötigen mehr Arbeitskräfte als sie während des Krieges hatten beschäftigen können.
3. Da allgemein gute Beschäftigung herrscht und die Löhne sukzessive erhöht worden sind, wird mehr gekauft und mehr gereist, was sich z. B. an den Umsätzen im Detailhandel und in der Frequenz der Hotels nachweisen lässt. In den Betrieben wird instandgestellt, neu eingerichtet, werden die Produktionsmittel verbessert, weil gegenwärtig das Geld dafür vorhanden ist. Dadurch werden in den Betrieben, die für den Inlandbedarf tätig sind, die Arbeitskräfte festgehalten und können nicht an andere Wirtschaftszweige abgegeben werden.
4. Vor Kriegsende hatte man allgemein befürchtet, dass politische Anarchie und soziale Auseinandersetzungen sowie allgemeine Unsicherheit den geordneten Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland während längerer Zeit hemmen würden. Nun vollzog sich aber die Umstellung ziemlich reibungslos. Es war der Schweiz möglich, sich durch die Gewährung von Krediten an die kriegsgeschädigten Länder in den europäischen Wiederaufbau einzuschalten, und fast alle wichtigen Exportindustrien sind an der eingetretenen starken Ausfuhrsteigerung beteiligt.
   Diese Gründe haben zu der gegenwärtigen Höchstbeschäftigung beigetragen und die äusserst starke und allseitige Nachfrage nach Arbeitskräften veranlasst.
5. Dazu kommen nun andere Gründe von seiten der Bevölkerungsbewegung her, die bewirken, dass dieser Nachfrage nicht mehr entsprochen werden kann. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen dürfte heute annähernd 2 200 000 Personen betragen. Sie ist damit um 220 000 höher als im Vorkriegsjahr 1938. Es wird nun geschätzt, dass mindestens 100 000 in Friedenszeiten brachliegende Arbeitskräfte zusätzlich in den Arbeitsprozess eingetreten sind. Dabei handelt es sich hauptsächlich um wegen Verheiratung oder andern Gründen nicht erwerbstätig gewesene Frauen, um Pensionierte, um ältere Männer und Frauen, die normalerweise kaum mehr eine Stelle gefunden hätten.
6. *Bei dem starken Mangel an jungen Arbeitskräften spielt der Umstand die Hauptrolle, dass die schweizerische Wohnbevölkerung heute rund 100 000 Personen im Alter von 15—29 Jahren weniger zählt als 1930. Von 1910 bis 1937 sind nämlich die Geburtenzahlen zurückgegangen von 93 514 auf 62 480. Seither ist nun allerdings eine Umkehr eingetreten, die während des Krieges so stürmisch vor sich ging, dass 1943 wieder 83 049 Geburten zu verzeichnen waren. Vorläufig macht sich auf dem Arbeitsmarkt aber nur der Geburtenrückgang geltend, dessen stärkste Auswirkungen wir erst in den nächsten Jahren spüren werden.*
7. *Warum ist der Mangel an weiblichen Arbeitskräften so gross? Weil der Rückgang der 25- bis 29jährigen besonders stark die Frauen betrifft. Das hängt mit dem Altersaufbau der berufstätigen Bevölkerung zusammen. Während sich die berufstätigen Männer ziemlich gleichmässig auf die Altersklassen von 15 bis 50 Jahren verteilen, konzentrieren sich die berufstätigen Frauen auf die Altersklassen von 15 bis 29 Jahren, wogegen in den höheren Altersklassen der Prozentsatz der berufstätigen Frauen wegen Verheiratung und Familienpflichten stark abnimmt.*

Solcherart sind die Gründe für den Nachwuchsmangel, und es sollte klar sein, dass die Berufsberatung daran so wenig schuld ist wie der Meteorologe am guten oder schlechten Wetter. Sie macht es sich weiterhin zur Pflicht, allen Berufsgruppen mit gleicher Objektivität zu dienen und trotz Mangel möglichst die Qualität hoch zu halten, d. h. die Jugendlichen gemäss ihrer Eignung und Neigung zu beraten.

Die Strassburger Genossenschafter danken für die Genossenschaftshilfe

Das Direktionskomitee der Konsumgenossenschaft Strassburg und Umgebung hat an Herrn Direktor Maire, den Präsidenten des Patronatskomitees für die Sammlung zugunsten kriegsgeschädigter Genossenschaften und die Schweizer Spende an das Ausland, folgendes Schreiben gerichtet:

«Im Namen des Aufsichtsrates und des Direktionskomitees sowie aller Genossenschafter des Niederrheins sprechen wir Ihnen den besten Dank aus für den schönen Akt der Solidarität, den französischen Genossenschaftern durch den Internationalen Genossenschaftsbund 3 Camions zu überweisen.

Wir hatten in der Tat das Glück, Ihre 3 Camions sowie einen englischen Fordson-Wagen zugewiesen zu erhalten. Sie sind seit zirka zwei Wochen in unseren Autopark eingereiht und leisten uns unschätzbare Dienste.

Wir bitten Sie, Ihren Verbandsgenossenschaften unseren verbindlichsten Dank zu übermitteln für diesen Beitrag an den Wiederaufbau der französischen Genossenschaftsbewegung, die durch den schrecklichen Krieg so schweren Schaden erlitten hat.

Gleichzeitig liegt uns daran, Ihnen noch speziell zu danken für alle Ihre Bemühungen, den kriegsgeschädigten Genossenschaften Hilfe zu bringen. Wir hoffen, dank dem moralischen und materiellen Beistand aller Genossenschafter unserer Region in den Stand gesetzt zu werden, unser schönes Werk, das vor 43 Jahren unter so schwierigen Verhältnissen ins Leben gerufen wurde, wieder in Gang zu bringen.»

Für einen scharfsichtigen Menschen ist es nicht schwierig, die «Launen» und «Einstellungen» der Mitarbeiter als «Ausdruck des gelebten Privatlebens» (der Freizeit) zu erkennen.
Geschäft und Freizeit ist zwar zeitlich getrennt — aber das Private spiegelt sich auch im Geschäft und umgekehrt: Die Unteilbarkeit der menschlichen Existenz ist eine Tatsache.

Silvio Graemiger
Aus: «Der Ausgleich»

Mehr Persönlichkeit

In den Beziehungen zu den Mitmenschen gelten vor allem vier Punkte:
Unser Aussehen; unser Handeln und Tun;
unsere Redeweise; unser Benehmen.

- Das erste, was bei einer Begegnung mit andern festgestellt wird, ist unser Aussehen und insbesondere unser Gesichtsausdruck. Beobachten Sie einmal Ihre Mitmenschen, wenn Sie mit Ihnen zusammenkommen. Ein verbissenes oder regungsloses Gesicht stösst Sie ab — ein Lächeln hingegen zieht Sie an. Man sagt, dass es einer grösseren Anstrengung bedürfe, einen finsteren Blick zu erzeugen als ein Lächeln. Warum denn die schwierige Arbeit leisten, wenn das Lächeln so viel leichter ist? Verrichten wir denn gerne unnötige Arbeit?

Neben dem Gesichtsausdruck sind die Kleider bedeutungsvoll. Nur wenige Menschen achten darauf, ob die Kleider alt oder neu sind, aber alle werden es bemerken, wenn die Kleidung unsauber, unordentlich und unzweckmässig ist.

Ich kenne einen Mann, der sich um eine Stelle als Vertreter bewarb. Als Mensch war der Betreffende angenehm, zudem besass er ein hervorragendes Können und grosse Erfahrung. Er rechnete fest damit, die Stelle zu erhalten. Um so bitterer war er enttäuscht, als ihm ein anderer Bewerber vorgezogen wurde. Einer der Direktoren erklärte mir den Grund:

«Seine Schuhe waren abgetreten und sahen aus, als ob sie einen Monat lang nicht geputzt worden wären. Das erscheint vielleicht belanglos, aber wir wollen keinen Vertreter, dessen Äusseres auf Nachlässigkeit schliessen lässt.»

Sorgfalt, Ordentlichkeit und Sauberkeit sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Bekleidung. Unser Aussehen ist wie das Schaufenster eines Ladens. Zeigt es das, was wir sehen lassen wollen: unsere Persönlichkeit? Zeigt es ein gefühlloses, unbeteiligtes Individuum? Oder weist es gar negative Züge auf? Sind wir Kopfhänger oder unbeherrscht und unduldsam? *Wir sind für die Mitmenschen ein aufgeschlagenes Buch: unser eigentliches Wesen ist ausgestellt.*

- Unser Handeln und Tun ist natürlich ebenso wichtig wie das Aussehen. Wie verhalten wir uns, wenn wir einem Mitmenschen zum erstenmal begegnen? Sagen wir ihm etwas Angenehmes oder murmeln wir nur einige unverständliche Worte? Wie reichen wir ihm die Hand? Kündet sich im Händedruck unsere Freude über die Begegnung oder gemahnt er den neuen Bekannten an den sprichwörtlichen «toten Fisch»? Benehmen wir uns freudig oder enttäuscht? Unser Handeln und Tun wirkt überzeugender als alles Reden. Das ist der zweite Punkt.

- Der dritte ist unsere Redeweise. Unter Redeweise versteht man sowohl das gesprochene Wort wie auch den Tonfall der Stimme. Der Tonfall ist vielleicht noch wichtiger als die Worte. Eine schrille, gellende Stimme schlägt auf die Nerven; eine tiefe, beruhigende hingegen ist angenehm.

Achten wir auf die Wirkung unserer Stimme auf andere Menschen.

- Der vierte Punkt, nach dem man uns einschätzt, ist unser Benehmen. Regen wir uns leicht auf, brennt unser Temperament mit uns durch oder bewahren wir unsere Selbstbeherrschung? Erwecken wir den Eindruck von etwas Verlässlichem, in sich Verankertem? Schenkt unser Benehmen den Eindruck von Aufrichtigkeit?

Vergessen wir nie: Wir können nicht verhehlen, was wir sind!

JAMES BOTKIN

Kurze Nachrichten

Die Wohnbautätigkeit im Januar in 33 Städten ergibt insgesamt 184 (Vorjahr 80) neuerstellte und 1010 (575) baubewilligte Wohnungen.

Die Lage der Industrie. Die günstige Beschäftigung in den meisten Erwerbszweigen hat im 4. Quartal 1945 angehalten und sich zum Teil noch verstärkt. Der nach Massgabe der Beurteilung durch die Betriebsinhaber ermittelte Beschäftigungskoeffizient (gut = 150, befriedigend = 100, schlecht = 50) beläuft sich im Berichtsquartal auf 126 gegenüber 122 im Vorquartal und 108 im 4. Quartal 1944. Das durchschnittliche Lohnniveau mit Einschluss der Teuerungszulagen hat sich für die erfassten Betriebe im Berichtsquartal weiterhin um 3,1 % und damit seit Kriegsausbruch um 51,1 % erhöht.

Bulgarische Eier. Aus Bulgarien wird gemeldet, dass die allgemeine Trockenheit des letzten Jahres auch ihre Rückwirkungen auf das Eierangebot hatte. Es fehlten die Futtermittel. Diese Tatsache wird durch epidemische Krankheiten unter dem Geflügel noch erhärtet. Bei einer günstigen Ernte 1946 kann auf das Frühjahr 1947 wieder mit einer normalen Eierausfuhr gerechnet werden.

Der Index der Grosshandelspreise (Nahrungsmittel, industrielle und landwirtschaftliche Roh- und Hilfsstoffe) verbleibt Ende Januar mit 215,2 (Juli 1914 = 100) bzw. mit 200.1 (August 1939 = 100) annähernd auf Vormonatsstand (+ 0,1 %). Gegenüber dem Stand zu Ende Januar des Vorjahres weist er einen Rückgang um 2,9 % auf. Die Nahrungsmittelgruppe verzeichnet im Berichtsmonat gesamthaft einen Rückgang um 0,2 %, während die Indexziffer für Roh- und Hilfsstoffe sich um 0,6 % erhöht hat. Bei Futter- und Düngemitteln ist die Preislage gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben.

Lohn- und Gehaltserhebung vom Oktober 1945. Die Stundenverdienste in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sind in der Zeit von Juni 1939 bis Oktober 1945 durchschnittlich um 48,7 % gestiegen; die durchschnittlichen Monatsgehälter der männlichen Angestellten weisen eine Steigerung um 40,5 %, diejenigen der weiblichen Angestellten eine solche um 36,0 % auf. In der chemischen Industrie liegen die Stundenverdienste durchschnittlich um 51,8 % über denjenigen vom Juni 1939; die durchschnittlichen Monatsgehälter der männlichen Angestellten sind um 48,8 %, diejenigen der weiblichen Angestellten um 47,5 % gestiegen. Im Bank- und Versicherungsgewerbe weisen die durchschnittlichen Monatsgehälter der männlichen Angestellten eine Erhöhung um 36,9 % und diejenigen der weiblichen Angestellten eine solche um 33,1 % auf. Insgesamt sind in den drei Erwerbszweigen die Angaben für rund 70 000 Arbeitnehmer verwertet worden.

Die Kleinhandelsumsätze im Januar lagen im Total der erfassten Betriebe wertmässig um 7,6 % über Vorjahresstand.

Der Aussenhandel im Januar bezifferte sich auf 235,4 Millionen Franken auf der Einfuhrseite und 149,3 Millionen Franken auf der Ausfuhrseite gegen 33,4 bzw. 29,7 Millionen Franken im Vorjahr.

Verbesserte Torfbrikette. In Grossbritannien wurde von einem Heizungsspezialisten ein neues Verfahren zur Herstellung verbesserter Torfbrikette entwickelt. Der Torf wird in Pressen entfeuchtet und erhält alsdann eine Kohlenstaub-Beimischung. Der neue Brennstoff soll 75 % der Wärmekraft von Kohlen erreichen.

Fleisch aus Kanada. Die Ausfuhr von Fleisch aus Kanada soll dank der unlängst ergriffenen Rationierungsmassnahmen im Inland weiter gesteigert werden. 1945 wurden bereits 138 000 Tonnen exportiert, gegenüber 124 000 Tonnen im Jahre 1944.

Gewerbliches Forschungsinstitut an der Handelshochschule St. Gallen. Die Schweiz. Gewerbekammer, welche Ende des Jahres 1945 in Lausanne tagte, unterstützte die Bestrebungen zur Einrichtung eines gewerblichen Forschungsinstitutes an der Handelshochschule St. Gallen ebenfalls, wobei zur Kenntnis genommen wurde, dass sich das Budget dieser Institution auf 30 000 Fr. stellte. Der Bund hat seinen Teil (10 000 Fr.) für die nächsten fünf Jahre zugesichert; ebenso der Schweizerische Gewerbeverband (10 000 Fr.). Die verbleibenden 10 000 Franken sind von der Handelshochschule aufzubringen. Auf Grund dieser Vorarbeiten dürfte es möglich sein, wie in der «Gewerblichen Wirtschaft» mitgeteilt wird, die Konstituierung dieses Institutes noch im Laufe dieses Jahres vorzunehmen.

Der Landesindex der Kosten der Lebenshaltung verbleibt Ende Januar mit 206,8 (Juni 1914 = 100) bzw. mit 150.7 (August 1939 = 100) annähernd auf Vormonatsstand. Die Indexziffer der Nahrungskosten beläuft sich auf 209,7 (— 0,1 %) und diejenige der Brenn- und Leuchtstoffe (einschliesslich Seife) auf 167,0 (+ 0,5 %). Die seit Oktober des Vorjahres fortgeschriebene Indexziffer der Bekleidungskosten stellt sich nach der im Berichtsmonat erfolgten Neuermittlung auf 256,9 (+ 0,1 %). Der Mietpreisindex wird mit 176,2 fortgeschrieben.

Aus der Praxis

Neuzeitliche Verkaufsmethoden

* In einem Satz zusammengefasst lautet das in der genossenschaftlichen Fachschrift «The Producer» behandelte Problem: «Verkaufen wir so viele Waren wie möglich an so viele Mitglieder wie möglich?» Sobald es sich erweist, dass wir auf eine der beiden Fragen oder auf beide nicht mit Ja antworten können, muss den Ursachen nachgeforscht und Abhilfe gesucht werden.

Einmal monatlich sollte eine Liste jener Waren erstellt werden, die in genügender Menge vorhanden sind, um eine Verkaufsforcierung zu rechtfertigen, und zwar vorerst ohne Rücksicht auf allfällig bestehende Bezugseinschränkungen und einzig von der Frage ausgehend, ob davon so grosse Mengen verkauft werden, wie zu wünschen und möglich wäre. Im Verneinungsfall muss angenommen werden, dass entweder die sich einstellenden Käufer zu wenig kaufen, oder aber dass sich zu wenig Käufer einstellen.

Im erstern Fall kann der Fehler am Verkaufspersonal liegen, sei es, dass es zu wenig entgegenkommend ist, sei es, dass es zu wenig darauf achtet, ob zur Neige gehende Vorräte rasch genug ergänzt werden, oder aber dass die Käufer auf die vorhandenen Artikel nicht aufmerksam gemacht werden.

Im zweiten Fall ist festzustellen, wieviele Käufer gewisse Standardartikel stets im Laden kaufen — vielleicht Milch oder Zucker und dergleichen —, um dann zu vergleichen, wieviele und welche sie nicht im eigenen Laden beziehen. Bei diesem Vorgehen wird man gewiss Anhaltspunkte dafür finden, wo der Hebel angesetzt werden muss, um die Mitglieder zu veranlassen, auch diese Waren im Genossenschaftsladen zu beziehen.

Dabei ist folgendermassen vorzugehen:

a) *Für alle Warenkategorien:* Man hat sich zu vergewissern, ob alle Mitglieder auch wirklich alle Waren, so unbedeutend sie auch erscheinen mögen, kennen und wissen, dass sie erhältlich sind;

b) *für Spezereiwaren:*

1. Wie oben.
2. Werden die anspruchsberechtigten Quantitäten auch wirklich im vollen Umfange bezogen?
3. Kann eventuell durch geeignete Massnahmen der Verkauf gewisser Waren gefördert werden?
4. Feststellen, welchen Betrag es ausmachen würde, wenn die Höchstbezüge der Mitglieder in gewissen Artikeln auch bei den übrigen Waren erreicht werden könnten.
5. Sind gewisse Restbestände vorhanden, deren Verkauf gefördert werden könnte, ohne dass dadurch der Absatz anderer Waren zu leiden hätte?

6. Allgemeine Bemerkung: Geschicklichkeit im Verkauf spielt immer und überall eine sehr wichtige Rolle. Das Personal muss wissen, auf was es ankommt, und den Willen und den Verstand besitzen, dieses Wissen in die Praxis umzusetzen.

Immer wieder muss mit Nachdruck die Notwendigkeit einer *freundlichen Bedienung* betont werden. Bei der zu erwartenden Intensivierung der Kundenwerbung kann diesem Punkte nie zu viel Aufmerksamkeit geschenkt werden. Oft genug wird im Gespräch und in der Presse behauptet, dass in dieser Hinsicht der Privatladen dem Genossenschaftsbetrieb überlegen sei. Nur das Personal kann solche Behauptungen wirksam widerlegen, aber es muss *durch die Tat* geschehen, sonst bleiben alle Anstrengungen der Verbandszentrale und der Vereinsverwaltungen erfolglos. *Häufige Besprechungen der Verwaltung mit dem Personal* können hier viel helfen.

Bei der Bewertung der Umsatzbewegung dürfen aber allfällige Preisänderungen nicht unberücksichtigt bleiben. Es ist klar, dass Preisabschläge bei gleichem Warenumsatz Mindereinnahmen zur Folge haben müssen, wenn nicht durch einen Mehrumsatz die Differenz ausgeglichen werden kann. Umgekehrt darf eine infolge Preissteigerungen erzielte Mehreinnahme nicht als Verkaufserfolg gewertet werden. Vielleicht wäre es angebracht — als goldene Regel —

jede Umsatzvermehrung mit Vorsicht zu bewerten, jede Umsatzverminderung dagegen als Mahnung zu vermehrter Anstrengung aufzufassen.

Abschliessend sei bemerkt: eine Menge Nachkriegspläne sind schon ausgearbeitet worden, wie Errichtung neuer Verkaufslokale, Einführung neuer Artikel, neue Betriebsmethoden usw., aber all das genügt nicht. Es muss das Studium der Fragen hinzukommen, *wie unnötige Kosten vermieden werden können,* wie jeder Bezüger gewisser Hauptartikel veranlasst werden kann, auch alle andern Waren im Genossenschaftsladen zu beziehen. Dazu bedarf es

andauernder sorgfältiger Untersuchungen,

denn es muss erforscht werden, aus was für Gründen dieser oder jener Artikel nicht im eigenen Laden gekauft wird.

Es wird also in den kommenden Jahren nicht an Arbeit fehlen, aber wenn überall die Sache richtig in die Hand genommen wird, kann es am Erfolg nicht mangeln.

In den Büroräumen jeder Verwaltung verdienen folgende Ratschläge angeschlagen zu werden:

1. Verkaufstätigkeit erschöpft sich nicht in schwülstigen Phrasen, sondern sie ist eine äusserst ernste, die ganze Zeit beanspruchende Arbeit.
2. Befreie dich von jeder nebensächlichen Arbeit und wende die ganze Aufmerksamkeit der Verkaufsüberwachung zu.
3. Untersuche halbjährlich die Umsatzbewegung von etwa 20 Artikeln und beachte dabei die Zahl jener Mitglieder, deren Umsatz in diesen Artikeln zu- oder abgenommen hat.
4. Welche Waren können wir noch einführen, und welche Kategorie von Mitgliedern kommt dabei hauptsächlich in Frage?
5. Hat sich irgendwelche bestimmte Verkaufspraxis bei uns so bewährt, dass es sich lohnt, sie in unserem Fachblatt weiteren Kreisen bekanntzumachen?

Einheitsfarbe ja oder nein?

Vor einigen Jahren hat die Direktion des V. S. K. beschlossen, in Verbindung mit den Verbandsvereinen *Orange* zur Einheitsfarbe der schweizerischen Konsumgenossenschaften zu bestimmen. Diese Farbe soll hauptsächlich für Autos, Beschriftungen von Läden und Liegenschaften verwendet werden.

Nachdem nun die meisten Liegenschaften des V. S. K. (sogar die Bürotüren) orange/weiss beschriftet sind, ist man dazu übergegangen, den Anfang bei den Verbandsvereinen zu machen. Schon eine stattliche Anzahl Vereine hat damit begonnen und unseres Wissens keine schlechten Erfahrungen gemacht. Einzelne Vereinsverwaltungen sind sogar davon begeistert und würden auf keinen Fall zum alten System zurückkehren. Bei diesen Vereinen sind auch bereits Stimmen aus der Mitgliedschaft ertönt, die bekanntgaben, man merke die neuzeitliche Umstellung in der Propaganda.

Wie aber zu erwarten war, sind auch andere Stimmen laut geworden, welche diese Einheitsfarbe stark bekämpfen. Diese bemerken, man wolle alles über einen Leisten schlagen. Dies wirke doch auf die Konsumenten langweilig.

Die Idee der Einheitsfarbe ist absolut nicht neu. Sie ist nur die primitivste Grundlage einer einheitlichen und planmässigen Werbung. Wenn die Gegner den Standpunkt vertreten, dass jeder Laden anders aussehen müsse, sei es durch seine Architektur, seine Beschriftung oder durch die Schaufenster, so mussten wir konstatieren, dass durch die einheitliche Werbung der Markenartikelfirmen (Anbringen von Plakaten an den Fassaden) die Konsumgenossenschaften das genau gleiche Aussehen erhalten wie die privaten Spezereiläden. Auf diese Weise kann aber der Konsument nicht mehr auf den ersten Blick sehen, dass es sich beim betreffenden Laden um eine Konsumgenossenschaft handelt.

Es ist auch schon längst bewiesen, dass in der Werbung nur die stete Wiederholung Erfolg bringt. Einzelne Unternehmen sind in der Einführung ihrer Einheitsfarbe sogar so weit gegangen, dass sie neben der Beschriftung ihrer Läden und der Autos auch ihre Fabrikbetriebe und selbst die Schürzen der Verkäuferinnen in der gleichen Farbe halten.

Es besteht nicht die Absicht, alles über einen Leisten zu schlagen. Wir wollen nur das erreichen, was die Gegner der Einheitsfarbe schon längst wollten: dass sich nämlich die Genossenschaftsläden schon durch ihr Aeusseres von den Privatgeschäften unterscheiden. Wir können damit aber auch erreichen, dass der Konsument den Genossenschaftsladen schon von weitem sieht und weiss: er gehört zur grossen schweizerischen Genossenschaftsbewegung.

Natürlich ist es ganz und gar nicht unsere Absicht, bei der Bevölkerung die Meinung aufkommen zu lassen, die Läden unserer Verbandsvereine seien alles V. S. K.-Filialen. Aus diesem Grunde hat die technische Propaganda, aber auch die Dekorationsabteilung, schon seit Jahren immer und immer wieder empfohlen, *Lokalsignete* einzuführen. Das Lokalsignet ist das eigentliche Wappen des Vereins. Es bestätigt, dass er eine selbständige Genossenschaft ist.

Warum Orange?

Wer im Aussendienst tätig ist, kann immer wieder feststellen, dass man auch in den Genossenschaften, wie überall, an den eigenen Kantonen hängt und deshalb immer und immer wieder seine Kantonsfarbe

befürwortet. Aus diesem Grunde darf unsere Einheitsfarbe keine Kantonsfarbe sein. Selbstverständlich kommt auch keine Parteifarbe in Frage. Ferner muss die Farbe frisch und lebendig wirken. Diese Forderung erfüllt die Orangefarbe wie keine zweite.

Interessant ist, dass auch die Landesausstellung von 1939 in Zürich aus den gleichen Ueberlegungen heraus Orange als «Landifarbe» bezeichnete. Dies ist ein Beweis, dass die Ueberlegungen der Verbandsdirektion richtig waren. Ihr Beschluss wurde schon einige Jahre vor 1939 gefasst.

Nun noch ein besonderes Wort über die *Wiederholung*. Prüfen wir uns einmal selbst. Wir vergessen so vieles von all den kleinen, täglichen Ereignissen. Etwas, das wir aber immer wieder sehen, hören, über das wir mehrmals lesen, bleibt uns eher in Erinnerung. Stellen wir uns einmal vor, *ein* Soldat begehe eine Strasse. Kaum beachten wir ihn. Ist es eine Kompagnie, so werden wir schon aufmerksam. Kommt nun aber gleich ein ganzes Bataillon, so bleiben wir bestimmt stehen und betrachten interessiert den Vorbeimarsch. Genau so verhält es sich mit der Werbung.

Ein weiteres Beispiel ist die gelbe Farbe unserer Post. Steht ein Postwagen oder auch nur ein Postvelo am Strassenrand und wir fragen ein Kind, wem dies gehört, so wird es uns sofort antworten: «Der Post!» Die gelbe Farbe ist hier zu einem Begriff geworden, der sich nicht mehr wegdenken lässt.

Dies können wir auch mit unserer Einheitsfarbe für die Genossenschaften erreichen. Dies können wir auch mit unserer Einheitsfarbe.

Die Diskussion über diese Frage wäre hiemit eröffnet, und es wird uns interessieren, einiges in dieser Sache aus unseren Verbandsvereinen zu vernehmen. E.

Mehr Genossenschaftsfunktionäre!

* In der Diskussion über den künftigen Ausbau der Konsumgenossenschaftsbetriebe weist ein Einsender im englischen «The Co-operative Official» darauf hin, dass objektive gründliche Studien über den Stand und die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten einer Genossenschaft oft überraschende Resultate zeitigen. Die Organisation hat sich ganz allmählich erweitert; es wurde da und dort etwas Neues hinzugefügt, jedem Betrieb wurden von Zeit zu Zeit neue Aufgaben zugewiesen — dann kommt aber plötzlich der Moment, wo es nicht mehr klappen will, wo eine Basisverstärkung sich aufdrängt, soll nicht das ganze Gebäude zu Schaden kommen. Eine Ueberprüfung des gesamten Betriebes und der Betriebsführung wird dann aufdecken, wo und in welcher Weise Verstärkungen angebracht werden müssen. Meistens wird es sich zeigen, dass eine Vermehrung der Funktionäre nicht mehr umgangen werden kann. Und da wird man dann auch nicht um die Prüfung der Frage herumkommen, ob man die neubenötigten Kräfte aus dem eigenen Personal, resp. demjenigen anderer Genossenschaften, oder aber aus privaten Betrieben herbeiziehen und so eine Art Blutauffrischung vornehmen soll.

Im erstern Fall muss darauf gedrungen werden, dass

die Gewählten jede Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung ihrer Kenntnisse benutzen.

Es soll ihnen die *beste Fachliteratur* zur Verfügung gestellt und der Besuch von Fachkursen, Ausstellungen, Musterbetrieben im In- und Ausland ermöglicht werden.

Aus Privatbetrieben neu in die Bewegung übertretende Funktionäre aber müssen mit den *Ideen unserer Bewegung vertraut* gemacht, zu Konferenzen und Veranstaltungen jeder Art eingeladen werden.

Bei solchen Anstellungen sollen auch die Frauen nicht vergessen werden. Man findet unter ihnen oft hervorragend geeignete Kräfte für manche Spezialbetriebe, und viele haben sich auch in höchsten leitenden Stellungen bewährt.

Von den Aufgaben eines Propagandisten

von F. Senn, Basel

Ein Propagandist muss insbesondere seine eigene Genossenschaft und das Genossenschaftswesen im allgemeinen wie seinen «eigenen Hosensack» kennen. Er muss aber nicht nur Bescheid wissen über die genossenschaftliche Wirtschaft, sondern er muss sich auch im gegnerischen Lager sehr gut auskennen. Er soll ein Kämpfer sein — in der Defensive und in der Offensive, mit Anstand und Humor parieren und sich vor allen Dingen bei Erledigung von Reklamationen und Austritten, die aus irgendwelchen Unstimmigkeiten entstanden sind, anpassen können. Schon der Apostel Paulus sagte: Dem Juden bin ich ein Jude, dem Griechen bin ich ein Grieche. Das will heissen, dass man den andern verstehen soll. Das gilt in hohem Masse für den Propagandisten einer Konsumgenossenschaft. Er weiss, dass er eine gute Sache vertritt und darf auch dementsprechend auftreten. Aber nicht zu selbstbewusst, sonst hat er von vorneherein verspielt. Bei Erledigung von Austritten ist es ausserordentlich wichtig, dass sich ein Propagandist in die Lage des Reklamanten versetzen kann und auch die nötige Geduld aufbringt, die oft sehr eingehend vorgebrachten Gründe in aller Ruhe abzuhören. Es ist unglaublich, was da manchmal für absurde Ansichten offenbar werden. Kürzlich wurde in einer solchen Diskussion allen Ernstes die Behauptung aufgestellt, der ACV beider Basel verfüge über eine offene Reserve von sechzig Millionen Franken! Es würde zu weit führen, hier die oft sehr kleinlichen Beweggründe zum Austritt aufzuzählen. Hier hat der Propagandist die Aufgabe, die falschen Ansichten in sachlicher Ruhe abzuklären und mit Hilfe sprechender Beispiele und Vergleiche aus dem täglichen Leben die positiven Tatsachen, die für das Genossenschaftswesen sprechen, hervorzuheben und als eigene Argumentation in die Waagschale zu werfen. Alle die Unstimmigkeiten zwischen Mitgliedern und Personal oder Verwaltung einer Konsumgenossenschaft müssen von Mensch zu Mensch behandelt werden.

Der Propagandist muss sich bei solchen Verhandlungen bewusst sein, dass das Ziel seiner Rücksprache die Rückgängigmachung des Austrittes ist. Wir dürfen aus der Erfahrung heraus sagen, dass uns dies bei richtigem Vorgehen fast immer gelingt und dass eine herzliche Aussprache von Mensch zu Mensch in solchen Fällen mehr Erfolg hat als alle kaufmännischen und geschäftlichen Erwägungen.

Schaufenster werben für Gemüse

* Es gibt noch bedeutende Vorräte an Lagergemüsen, vor allem Rübli und Randen, aber auch Kabis, Lauch und Sellerie, die man möglichst bald verbrauchen sollte, weil sonst grosse Verluste an Nahrungsmitteln und an Geld entstehen.

Im Einvernehmen mit dem Eidg. Kriegs-Ernährungs-Amt führt die Propagandazentrale für Erzeugnisse der schweizerischen Landwirtschaft gegenwärtig unter dem Schlagwort «Gmües ässe» eine Werbeaktion durch. Weil im Schaufenster noch immer eine der wirkungsvollsten Werbemöglichkeiten

liegt, wurde u. a. in sechs grösseren Städten ein Schaufensterwettbewerb organisiert. Ueber 300 Ladengeschäfte haben während einer bis zwei Wochen ihre Fenster in den Dienst der Sache gestellt. Mit Plakaten und Streifen, nicht zuletzt aber mit dem Gemüse selbst, machen sie die Passanten und darunter in erster Linie die Hausfrauen auf die grossen Vorräte aufmerksam. Der überall angebrachte Slogan «Gmües ässe!» erinnert klar und eindeutig an das Gebot der Stunde.

Im allgemeinen Interesse ist zu hoffen, dass der Mahnruf aus den Schaufenstern auch gehört und befolgt wird, damit die Gemüsevorräte recht bald ihrer Bestimmung zugeführt werden können. Schliesslich wäre es den Pflanzern, wie übrigens auch dem Handel, zu gönnen, wenn die in sorgenvoller Zeit gemachten grossen Anstrengungen am Ende nicht noch durch Verluste «belohnt» würden.

Kreisverbände

An die Mitglieder des Kreises VIII des V. S. K.

Werte Genossenschafter!

Herr Seiler vom V. S. K. hat uns vor zirka Jahresfrist an einer gutbesuchten Instruktionstagung gezeigt, wie der Standard-Kontenplan auch von mittleren und kleinen Vereinen ohne Schwierigkeiten und grosse Umstellungen angewendet werden kann. Er hat damals schon darauf hingewiesen, dass das Endziel nicht bei der blossen Anwendung des Standard-Kontenplanes in unseren Genossenschaften liegt, sondern bei den Betriebsvergleichen zwischen gleichartigen Konsumvereinen, die dadurch möglich werden.

Der Zeitpunkt scheint nicht mehr allzu ferne zu sein, wo die amtlichen Preisnormierungen gelockert oder vielleicht ganz aufgehoben werden. Wir sind gewiss, dass die «vorschriftenfreie Zeit», die von uns allen sehnlichst erwartet wird, eine nie gekannte Propaganda und Werbung um den Konsumenten bringen wird. Für diesen zu erwartenden grossen Leistungswettbewerb müssen wir gerüstet sein.

Das beste Rüstzeug ist auch hier der Zusammenschluss, und zwar nicht nur der Zusammenschluss auf dem Gebiete der Warenvermittlung, sondern ebensosehr auf dem Gebiete des Rechnungswesens zum Zwecke der Selbsthilfe. Wir wollen durch den Zusammenschluss gleichartiger Konsumvereine zum Zwecke des Betriebsvergleiches selbst erfahren können, wir wir im Vergleich zu unseren Schwesterorganisationen unsere eigenen Kosten und Erträge zu beurteilen haben. Wir wollen aus der Diskussion und aus dem Erfahrungsaustausch solcher Betriebsvergleichgruppen neue Erfahrungen sammeln und Mittel und Wege finden zur Festsetzung von Preisen, in denen ein *Maximum von Warenwert und ein Minimum von administrativen Kosten* enthalten ist. Nur auf dieser Grundlage werden wir auch in Zukunft unsere Aufgaben zum Wohle unserer Mitglieder in richtiger Weise erfüllen können.

Die Einführung der Betriebsvergleiche betrachten wir daher als eine Notwendigkeit. Sie bringen den Zusammenschluss und ermöglichen die Selbsthilfe auf dem Gebiete des Rechnungswesens zum Zwecke der *Leistungssteigerung*. Unser Kreisvorstand hat daher beschlossen,

für Vorstandsmitglieder, Verwalter und Rechnungsführer einen Orientierungskurs über die Einführung und die Nützlichkeit von Betriebsvergleichen durchzuführen.

Dieser Orientierungskurs findet statt: *Sonntag, den 24. März 1946,* Beginn vormittags 9 Uhr, im Hotel «Schäfligarten» in Rorschach. Referent ist wiederum Herr P. Seiler vom V. S. K.

Die vorgesehene Konferenz soll Gelegenheit geben, sich über Zweck und Art der Betriebsvergleiche auszusprechen, aber auch von berufener Seite die nötige Aufklärung zu erhalten. Es wird Aufgabe der Vereine sein, sich in kleineren oder grösseren Zirkeln zusammenzufinden, um die Grundlagen zu erfolgreicher Zusammenarbeit zu schaffen.

*

Wir verweisen im übrigen auf das den Vereinsverwaltungen direkt zugestellte Zirkular und erwarten recht zahlreiche Delegationen an diesem instruktiven und zeitgemässen Kurs für alle Glieder der Kommissionen und der kaufmännischen Angestellten.

Der Kreisvorstand

Konsumgenossenschaftlicher Frauenbund

Der KFS an der Arbeit

37 Vertreterinnen der KFS-Sektionen trafen sich Ende Januar zur alljährlich stattfindenden *Präsidentinnenkonferenz.* Sie besprachen die verschiedenen Fragen, die Büro und Sektionen gegenwärtig beschäftigen. Der Wert einer solchen Tagung liegt nicht allein in den Beschlüssen, die gefasst werden, sondern auch im *Erfahrungs- und Gedankenaustausch.* Es ist für die Präsidentinnen immer wertvoll, zu vernehmen, wie an andern Orten die Aufgaben gelöst und die Schwierigkeiten überwunden werden.

So wurde zum Beispiel die Frage besprochen, «Wer soll an die Delegiertenversammlung des KFS abgeordnet werden?» Es wäre wohl wünschenswert, wenn es von jedem Frauenverein und von jeder Frauenkommission *je 2* Genossenschafterinnen sein könnten; denn erstens soll die Präsidentin auf dem laufenden sein, und zweitens ist es wichtig, für Nachwuchs zu sorgen und den übrigen Vorstandsmitgliedern Einblick in die Arbeit des KFS und seiner Probleme zu geben. In kleineren Sektionen scheitert eine Zweierdelegation oft an den beschränkten finanziellen Mitteln. Es sei darum den Konsumbehörden auch an dieser Stelle nahe gelegt, nach Möglichkeit ihre jährlichen Subventionen so zu bemessen, dass es den Sektionen möglich wird, *2* Genossenschafterinnen an die KFS-Delegiertenversammlung abzuordnen.

Im weitern wurde ein *Signet des KFS* geschaffen. Die Frauenkreisversammlungen wurden vorbereitet und Anregungen für das Co-op Haushaltungsbuch entgegengenommen. Als neue Sektion, die ab Januar 1947 die Mitglieder der *Hauswirtschaftlichen Prüfkommission* stellen wird, wurde Basel in Aussicht genommen, da die Amtsdauer der Sektion Winterthur abgelaufen ist.

Immer mehr zeigt es sich, dass der Ausschuss des KFS (eine aus 15 Vertreterinnen aller Landesteile und dem Büro zusammengesetzte Behörde) neben der Präsidentenkonferenz, die erst vor einigen Jahren eingeführt wurde, nicht mehr die gleiche Existenzberechtigung hat. Aus Ersparnisgründen und um eine Doppelspurigkeit zu vermeiden, soll der Delegiertenversammlung eine diesbezügliche Statutenänderung vorgeschlagen werden.

Da der *Frauenkurs am Genossenschaftlichen Seminar* Freidorf nicht vermisst werden möchte, soll er auch dieses Jahr wieder stattfinden. Die Präsidentinnen brachten Anregungen für das Kursprogramm, das vom Büro endgültig entworfen wird.

Das Büro des KFS hat auch ein *Arbeitsprogramm* vorbereitet, das die Zukunftsaufgaben unseres Frauenbundes richtunggebend festhalten möchte. Es soll auch an den Frauenkreisversammlungen besprochen werden. Die einzelnen Programmpunkte können aber nicht ohne Geld verwirklicht werden. Es fragt sich deshalb, ob nicht durch eine Batzensammlung in den Sektionen das Geld für das eine oder andere Projekt des Bundes oder einzelner Sektionen aufgebracht werden könnte. In der Diskussion zeigte es sich, dass es nicht einfach ist, regelmässige Beiträge für einen Spezialzweck einzukassieren. Viel eher sind die Leute geneigt, Geld auszugeben, wenn sie sich dabei amüsieren können. Die Versammlung beauftragte das Sekretariat, einmal einen Vorschlag auszuarbeiten, der Büro, Sektionen und Delegiertenversammlung vorzulegen wäre.

Mit neuen Ideen und mit dem Gelöbnis, der Genossenschaftsidee treu zu dienen, verliessen die Teilnehmerinnen die interessante und arbeitsreiche Tagung. Gr.

Bildungswesen

Die Woche der Genossenschaftlichen Studienzirkel

An Neugründungen sind zu verzeichnen drei Studienzirkel des Lebensmittelvereins **Romanshorn** und Umgebung, die ihre Tätigkeit am 25. Februar, 26. Februar und 1. März mit je einem Referat von Nationalrat Schümperli über «Allerlei Genossenschaftliches aus der Bundesversammlung» aufnahmen. Mit diesen drei neuen erreicht die Gesamtzahl aller Zirkel des laufenden Winters 127, und zwar 83 in der deutsch-, 40 in der französisch- und 4 in der italienischsprachigen Schweiz.

Den Abschluss ihrer Tätigkeit zeigten auf der andern Seite die Zirkel **Baar** und **Mollis** an. Baar legt seiner Meldung eine Zusammenfassung über das Ergebnis der Diskussionen des Zirkels bei, die einerseits von einem grossen Verständnis der Zirkelteilnehmer für den behandelten Stoff, anderseits von einem bedeutenden Geschick des Verfassers, Herrn Martin Z'Graggen, zeugt.

Im Zirkel La Tour-de-Peilz des Verbandsvereins **Vevey** sprach der Sekretär des Kreisverbandes I, Herr M. Boson, über aktuelle Fragen.

Die Genossenschaftsjugend **Lausanne** führte einen Unterhaltungsabend durch.

Aus **Kanada** gehen uns zehn vom «Conseil supérieur de la Coopération» herausgegebene Studienzirkelprogramme in französischer Sprache zu. Man ersieht daraus, dass man in der «Neuen Welt» den Studienzirkeln als Mittel der genossenschaftlichen Erziehung und Propaganda eine grosse Bedeutung beimisst. h.

Bibliographie

Industrien der Nahrungs- und Genussmittel. Von *Ed. Weckerle.* Hauenstein-Verlag Olten. 124 Seiten, 4 Fr.

* Dieses schmucke Bändchen gehört zur Schriftenreihe «Die Schweizerische Industrie», die auf Veranlassung des Schweiz. Gewerkschaftsbundes geschaffen wurde, um jedem Schweizer ein genaues Bild der für unser Land so wichtigen Industrie zu vermitteln. In der vorliegenden Schrift finden wir Schilderungen der Zweige Zucker, Mehl, Teigwaren, Kondensmilch, Konserven, Schokolade, Bier und Tabak. Anschaulich und objektiv werden Gründung, Geschichte, Technik, Standorte, Betriebsgrössen, Kapital, Verbände, Personal und dessen soziale Gliederung dargelegt. Verschiedene Bilder und Kartogramme fördern das Verständnis.

«Der Spatz». Februarausgabe. Ein köstliches Wintersporterlebnis und weitere nette Erzählungen aus Heimat und Fremde, Rätsel und freundliche Bilder, Anleitungen zum Basteln und der Wettbewerb stellen den Inhalt des Heftes dar.

Der «Junggenossenschafter» gibt erneut Kunde von der Aktivität der Genossenschaftlichen Jugendbewegung. Aus dem Inhalt sind hervorzuheben der Aufsatz «Ein offenes Wort» und ein Beitrag von Werner Thürig über «Die organisierte Selbsthilfe und die Sozialpolitik im 19. Jahrhundert». Erfreulich ist auch die Mitteilung, dass die Junggenossenschafter aus eigenen Reihen durch die Wochenbatzen und einen Wettbewerb über 1000 Franken für ein Jugendheim zusammengesteuert haben! Es ist nur zu hoffen, dass auch recht viele Genossenschafter der «alten Garde» sich dieses Organ der Jungen — die deutschsprachige und französischsprachige Ausgabe erscheinen jeweils zusammen in einem 16 Seiten starken Heft, monatlich einmal — zulegen. Der Abonnementspreis von Fr. 2.50 ist wirklich bescheiden. Bestellungen nimmt die Redaktion, Postfach 206, Biel 3, entgegen. -cio-

Sicherungsmöglichkeiten für den Gläubiger. Dr. E. E. Lienhart. Das Gläubigerschutzbuch. Bildungsverlag, Gropengiesser, Zürich. 44 Seiten. Fr. 2.50.

Wer im Geschäftsleben steht, empfindet das dringende Bedürfnis, sich zu sichern, die Pflichten des Geschäftspartners zu verstärken. Eingehend sind dargestellt: die Bürgschaft, die Solidarschuldnerschaft, der Garantievertrag, das Delkredere, die vielen Formen des Pfandes, der Eigentumsvorbehalt, das Retentionsrecht, die Sicherungsübereignung, die Hinterlegung, Beweis- und Prozessicherungen, Vertragsstrafe, Vertragsklauseln, Versicherung.

Hausgarten und Pflanzland. Vollständig neu bearbeitet von Ferdy Firmin, Gärtnermeister. Landfreundgenossenschaft Bern. Fr. 2.—.

* Diese Anleitung für die zweckmässige und rentable Bestellung von «Pflanzplätzen» darf all denen empfohlen werden, die ihren Gemüsebedarf durch eigene Heranzucht sichern wollen. Wichtig sind die grundlegenden Anleitungen über Zwischenkulturen. Sehr zu begrüssen ist die Aufnahme eines besonderen Kapitels über zeitgemässe Schädlingsbekämpfung. Anschauliche Bilder und Tabellen vermehren den Wert dieses Gartenbaubuches.

Eingelaufene Schriften

(Die folgenden Schriften sind auch leihweise von der Bibliothek des V. S. K. erhältlich.)

Albrecht, H.: Ist die Gründung neuer Bürgschaftsgenossenschaften zweckmässig? St. Gallen. 1943. 16 S. Fr. + 1.56.

Anderegg, Emil: Der gewerbliche Kleinkredit. St. Gallen, 1942 16 S. Fr. + 1.56.

Anderegg, Emil: Gewerbe und Gewerbepolitik im Kanton St. Gallen, 1945. 24 S. Fr. + 4.16

Arbeitsgemeinschaft «Das Demokratische Deutschland»: Das Demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne. Bern, 1945. 24 S. Fr. + 1.20.

Axling, William: Kagawa. Lausanne, 1933. 235 S. + 2 Port.

Aynard, Joseph: Justice ou Charité. Le drame social et ses témoins de 1825 à 1845. Paris, 1945. 181 S. Fr. + 7.35.

Bachmann, Hans: Die Konventionen von Bretton Woods. St. Gallen, 1945. IX + 140 S. Fr. + 6.15.

Barth, Heinrich: Grundlagen der Gemeinwirtschaft. Winterthur. 99 S. Fr. + 1.82.

Bernauer, Otto: Die genossenschaftlichen Einkaufsstellen im Schweizer Gewerbe. 20 S.

Blœsch, Hans: Am Kachelofen. Bern, 1945. 90 S. Fr. + —.70.

Bollinger, Armin: Brevier der Schweizer Geschichte. Bern. 140 S., mit Abbildungen. Fr. + 3.65.

Bühler, Paul: Die Landhilfelager der Jungen Kirche. Zürich, 1943. 69 S. m. Abb. Fr. + 2.20.

Bureau International du Travail: Les organisations coopératives et le problème du logement dans l'après-guerre. 1944. Montreal, 1945. 14 S.

Christen, Hardy: Die Sicherung des Anstellungsverhältnisses nach schweizerischem Recht. Zürich, 1945. 124 S. Fr. + 5.20.

Culmann, Henri: Les principes de l'organisation professionelle. Paris, 1945. 255 S. Fr. + 14.25.

Diriet, H.: Reben und Wein. Lausanne, 1945. 47 S. + 1 Karte. Fr. + 7.30.

Durtschi, Ernst: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Zürich. 12 S.

Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft: Der Mehranbau der Industrie. Bern, 1945. 65 S. Fr. + 1.50.

Die Seite der Ehemaligen

GENOSSENSCHAFTLICHES SEMINAR. STIFTUNG VON BERNHARD JAEGGI

LIEBE EHEMALIGE

«Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen.» Goethe

Als Goethe diese Worte niederschrieb, legte er den Hauptakzent auf das strebende Sich-bemühen. In diesem Sinne wollen wir uns heute einmal bemühen, unseren Laden wie auch uns selbst so zu sehen, wie das Mitglied die Verkäuferin und ihren Laden sieht. Das zu erreichen ist gar nicht so leicht wie es aussieht, müssen wir uns doch vollständig in das Mitglied hineindenken können, mit seinen Augen sehen lernen, mit seinem Empfinden fühlen wollen.

Fragen wir uns zuerst einmal, wann eigentlich der Kontakt zwischen Mitglied und Verkäuferin zustande kommt? Selbstverständlich beim Begrüssen des Mitglieds, so denkt Ihr nun sicherlich. Und doch ist dem nicht so. Der erste Kontakt wird durch den Ruf, den ein Laden geniesst, hergestellt. Stellt Euch vor, eine jungverheiratete Frau hört von ihren Bekannten die freundliche und liebenswürdige Bedienung in Eurem Laden rühmen. Entsteht da nicht schon so etwas wie Sympathie zu den Verkäuferinnen, und mit einer frohen Erwartung betritt sie zum erstenmal Euern Laden, der Kontakt ist schon hergestellt, und die freundliche Begrüssung ist ihr nur noch Bestätigung ihrer Erwartungen.

Ein kalter, frostiger Empfang dagegen oder, was noch schlimmer ist, gar kein Gruss wirken genau so, als ob wir das Licht im Laden auslöschen würden: der Kontakt wäre unterbrochen. Ein dunkler Laden aber besitzt keine Atmosphäre, wirkt dementsprechend kalt.

Ein zweiter Punkt, der zur Herstellung des Kontaktes, ganz besonders bei Passanten, dient, ist das Ladenäussere: die glänzenden oder staubigen Scheiben, das gut oder schlecht, anziehend oder gleichgültig hergerichtete Schaufenster, die Ordnung, die rings um den Laden herrscht. Wie tote Fliegen, ausgebleichte Kistchen, schlecht hingelegte Waren im Schaufenster wirken, brauche ich wohl kaum zu beschreiben; sie sind sicherlich auf keinen Fall anziehend.

Wie aber schaffen wir diejenige Atmosphäre, in der sich das Mitglied wohlfühlt?

Da sind nun das gepflegte Ladeninnere, die schön gefüllten Regale, der blank geputzte Ladentisch und die saubere und gepflegte Persönlichkeit der Verkäuferin, nicht zu vergessen die harmonische Zusammenarbeit des Personals, welche eine Atmosphäre schaffen, die nicht nur vom Auge des Mitglieds wahrgenommen, vielmehr erfühlt und innerlich aufgenommen wird.

Was tun wir, um einen für das Mitglied erfreulichen Laden zu haben?

Vor allem sehen wir, dass er wirklich reinlich und aufgeräumt aussieht. Die Scheiben der Patisserie- und Wurstwarenkästen blitzen vor Sauberkeit, wenn gerade einmal ein Sonnenstrahl den Weg in den Laden findet. Die frische Luft, die wir jetzt im Frühling noch mehr als sonst in den Laden einlassen, erfrischt Verkäuferinnen wie Mitgliedschaft, und ein Strauss der ersten Frühlingsblüten zaubert Helle und Freude in unseren Laden, kurz, ein solcher Laden hat seine eigene Atmosphäre, in der sich die Mitglieder wohlfühlen.

Was tun wir, um gesund und gut gelaut zu sein? Wir baden, um uns wohl und rein zu fühlen. Wir pflegen Gesicht, Haare, Füsse und Hände, letztere ganz besonders, weil sie immer unter den Augen des Mitglieds arbeiten. Wir wandern, turnen und treiben Sport, um den Körper geschmeidig, beweglich, gesund und widerstandsfähig zu erhalten.

Aber — sind wir nicht mehr als nur Körper? Haben wir nicht in diesem Körper eine Seele, die sich nach Höherem sehnt, einen Geist, der denken, ein Herz, das fühlen, das lieben will? Was tun wir denn für die Pflege dieser unsichtbaren Werte? Was tun wir in unserer Freizeit? Wissen wir die rechte Abwechslung zu schaffen zwischen Lesen, beruflicher Weiterbildung und sportlicher Betätigung? Sind wir imstande, unsere Gedanken zu lenken und zu beherrschen? Wie viele Fragen steigen in diesem Zusammenhang in uns auf? Versuchen wir doch, in einer stillen Stunde darauf Antwort zu geben; dann finden wir wohl auch den Schlüssel zur richtigen Einstellung zur Umwelt, den Nebenmenschen, der Mitgliedschaft gegenüber.

Der erste Eindruck, den ein Mitglied von einem Laden, einer Verkäuferin empfängt, ist zumeist massgebend für seine Einstellung, für seine Sympathie oder Antipathie.

Immer wieder klingt es mir in den Ohren, wie ich einmal in einer unserer welschen Genossenschaften an einem Samstagnachmittag, trotz grossem Kundenandrang mit einem freundlichen : «Bonjour Mademoiselle, un instant s'il vous plaît, *je serai tout de suite à vous!*» empfangen wurde.

Ja, gehören wir wirklich den Mitgliedern, wenn wir sie bedienen, stehen wir auch ganz zu ihrer Verfügung oder schweifen unsere Blicke und Gedanken nicht oft ab von den Wünschen unserer Mitglieder, zu einem Vorkommnis der letzten Zeit oder so ungefähr ab Mitte Woche zu den Freuden des nächsten Sonntags?

Hier, liebe Ehemalige, muss ich leider abbrechen. Selbstverständlich ist das Thema noch lange nicht erschöpft; bis zum nächsten Brief habt Ihr aber Stoff genug und findet ja jeden Tag Gelegenheit zum Beobachten. Es wird Euch ein leichtes sein, herauszufinden, was jedes von Euch dazu beitragen kann, dass unsere Mitglieder sich wirklich wohl fühlen. Mehr darüber im nächsten Brief.

Inzwischen empfangt recht herzliche Grüsse von Eurer

Anny Eichhorn

Die Bewegung im Ausland

Schweden. ** Die zehn grössten Konsumgenossenschaften Schwedens* erzielten im Jahr 1944 einen Mehrumsatz von über 40 Millionen Kronen gegenüber dem Vorjahr.
Es betrifft folgende Genossenschaften:

	Umsatz in Millionen Kronen	Vermehrung	in %
Stockholm	130,61	19,99	18,1
Malmö «Solidar»	39,72	4,04	11,3
Göteborg	26,31	4,19	18,9
Orebro	21,48	3,07	16,7
Eskilstuna	15,31	1,64	12,0
Västeras	12,59	1,63	14,9
Narrköping	10,95	1,66	17,8
Gävle «Alfa»	10,91	1,22	12,6
Hälsingborg «Svea»	10,36	1,67	19,2
Karlskoga	7,46	1,01	16,7
	285,70	40,12	16,3

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen

Umsätze:

	1944	1945
Arogno	238 500.—	258 000.—
Brè	99 300.—	103 100.—
Möhlin	421 600.—	479 700.—
Pieterlen	473 500.—	516 800.—
Thalwil	1 973 800.—	2 020 200.—

Amriswil entfaltet eine rege Propaganda zugunsten der Schweizerischen Reisekasse. In **Arbon** erfolgte eine Umstellung des bisherigen Kassazettelsystems auf Konsum-Einkaufsmarken die in die Werte 10 Rp., 25 Rp., 1 Franken und 5 Franken eingeteilt wurden! **Bern** gibt den Rücktritt von Herrn Gottlieb Frey, Betriebsleiter der Konsumbäckerei Bern, bekannt: an seiner Stelle fungiert nun Herr A. Denzler. In **Biel** führt die Heidi-Bühne «Eveli» für die Kinder auf. **Bülach** wiederholt seinen mit grossem Erfolg durchgeführten Unterhaltungsnachmittag, nachdem an der ersten Veranstaltung zahlreiche Mitglieder wegen Platzmangels nicht teilnehmen konnten. Nach dem Rücktritt des bisherigen Verwalters, Herrn E. Scholer, hat der Vorstand der KG **Derendingen** Herrn Werner Schibler, Verwalter der KG Lengnau bei Biel, zum neuen Verwalter von Derendingen gewählt.

In **Eglisau** findet ein genossenschaftlicher Familienabend statt; Herr E. Löliger, Vertreter-Revisor des V. S. K., spricht dabei über «Die Genossenschaft in der Zukunft», worauf der Film «Viribus unitis» präsentiert wird. Die Heidi-Bühne führt in **Kirchberg** (Bern) «Hei Si, wei Si, cheu Si» oder «Knörri und Wunderli» von O. v. Greyerz auf. Am Nachmittag sehen die Kinder «Eveli». In **Netstal** (Glarus) referiert Fräulein Gertrud Gröbli, Sekretärin des KFS, über «Zweck und Ziel genossenschaftlicher Frauenvereine». In **Pfäffikon** sprach Herr Nationalrat Dr. Max Weber, Mitglied der Direktion des V. S. K., über «Wie bauen wir die künftige Wirtschaftsordnung auf?»

In **Pieterlen** hielt Herr Hans Althaus, Präsident des Kreisverbandes IIIa, einen Vortrag über «Die Genossenschaft in der Gegenwart und Zukunft». Herr Professor Friedrich Frauchiger, spricht in **Rüti-Tann** über «Wirtschaftliche, sozialpolitische und staatspolitische Fragen des Alltages». **Staufen** zeigte «Viribus unitis». Am Nachmittag fand eine spezielle Schülervorstellung statt. **Steg-Fischental** meldet die Neueröffnung einer Filiale in Gibswil. **St. Gallen** beschloss, einen «ersten Gehversuch» mit einer Ladengemeinschaft zu machen. Für diesen ersten Versuch wurde ausgewählt der Mitgliederkreis der Filialen Lachen und Oberstrasse. Herr Willy Blum, Verwalter des Lebensmittelvereins Romanshorn, referierte über die Idee der Ladengemeinschaften und erzählte zugleich von den Erfahrungen, die in Romanshorn damit gemacht wurden.

Wangen a. A. führte den Samstagladenschluss um 17 Uhr ein. **Wetzikon** weist darauf hin, dass zwischen ihm und der Co-op Lebensversicherungs-Genossenschaft in Basel ein Kollektivversicherungsvertrag besteht. **Zürich** gibt bekannt, dass von nun an sämtliche Lebensmittelfilialen je am Mittwochnachmittag ab 12.30 Uhr geschlossen werden.

Bex zeigte «Viribus unitis» und **Bière** «Pionniers» (Wir bauen auf!). Frau E. Steudler, von der «Union des coopératrices romandes», sprach in **Château-d'Œx** über «Dans les coulisses de la Coopérative». **Lausanne** veranstaltet einen grossen Tanzabend. Frau Gil Henriod gastierte in **Ste-Croix** mit «Chantons la vie!», begleitet von Frau Jequier, Pianistin. Auch die Modeschau des Vereins hatte einen sehr grossen Erfolg, wurde sie doch von über 300 Genossenschafterinnen besucht. Im weiteren hat der Verein ein neues Signet geschaffen, ausgeführt von der Abteilung Dekoration des V. S. K.

Aus der Aktivität der dem KFS angeschlossenen Sektionen: In **Aarau** wurde ein «Frauennachmittag» abgehalten, an welchem unter kundiger Leitung die Anfertigung von kleinen Geschenkartikeln gezeigt wurde. Frau M. Joye hielt in **Fribourg** ein Referat über «L'éducation de nos enfants». **Lausanne** berichtet eingehend über den grossen Erfolg, den der Vortragsabend mit Fräulein Chappallaz zu verzeichnen hatte, und weist ferner darauf hin, dass ein Vortrag über «Voyage au Zambèze» ebenfalls mit Interesse aufgenommen wurde. **Lyss** veranstaltete eine kleine, gediegene Pestalozzi-Feier. **Oberburg** organisiert bei bescheidenem Kursgeld einen 10 Abende umfassenden Nähkurs. In **Weinfelden** referierte Frau Berta Büchel, Präsidentin, über «Wie stellen wir uns zum Frauenstimmrecht?». R. A-i.

Graistal-Winterberg. *Generalversammlung.* Die wie gewohnt ausserordentlich gut besuchte Generalversammlung sanktionierte den Antrag der Verwaltung auf *Reduktion der Rückvergütung von 10 auf 9 %*, als Sicherheitsventil für kommenden Preisabbau. Reichliche Abschreibungen auf Warenlager und Immobilien sowie die Zuweisung von Fr. 3500.— an die Reserven bieten Gewähr für die Stabilität und Solidität der genossenschaftlichen Finanzen.

Der Umsatz ist um Fr. 15 700.— auf Fr. 363 000.— gestiegen. An Stelle des aus Gesundheitsrücksichten demissionierenden *Jakob Stocker* wurde Genossenschafter *Werner Brunner* zum Präsidenten berufen. *Karl Rüeger*, der langjährige Beisitzer und Betreuer des Depots Winterberg, wurde durch *H. Vogler* ersetzt und ersterer an dessen Stelle zum Rechnungsrevisor befördert. Wie recht und billig wurde den beiden Mitarbeitern, nebst dem Dank für die der Genossenschaft in schwerer Zeit geleisteten Dienste, auch ein praktisches Präsent überreicht. V.

Verbandsdirektion

Der Personalausschuss des V. S. K. hat beschlossen, anstelle des aus der Verwaltung der VASK zurücktretenden Personalvertreters, Herrn Hugo Vögtlin, Herrn A. Sieber als Vertreter des V. S. K.-Personals in Vorschlag zu bringen. Dieser Vorschlag wird an die Delegiertenversammlung der VASK weitergeleitet.

Genossenschaftliches Seminar
(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Dem Genossenschaftlichen Seminar sind folgende Beträge überwiesen worden:

Fr. 300.— von der Minoterie coopérative du Léman, Rivaz
» 100.— von der KG Oberhofen a. Thunersee
» 100.— vom Konsumverein Wartau
» 100.— vom Konsumverein Altdorf
» 50.— von der KG Langenthal

Diese Vergabungen werden hiermit bestens verdankt.

Versammlungskalender

Samstag, den 16. März 1946

Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine (MSK), Delegiertenversammlung. *Beginn:* 10.30 Uhr, Restaurant zur «Kronenhalle», 1. Stock, in Basel.

Samstag, den 16. März 1946

Schuh-Coop. Delegiertenversammlung. *Beginn:* 10.30 Uhr, Genossenschaftshaus des Freidorfes bei Basel.

Einladung
zur Generalversammlung der Patenschaft Co-op

am Samstag, den 6. April 1946, nachmittags 2 Uhr, in Basel, im Restaurant «Zur Post» (I. Stock), Zentralbahnstrasse 21, vis-à-vis Bundesbahnhof

TRAKTANDEN:

1. Protokoll der Generalversammlung vom 7. April 1945.
2. Jahresbericht und Jahresrechnung. Dechargeerteilung an die Verwaltung.
3. Eventuelle Anträge der Mitglieder.
4. Beschlussfassung über die Höhe des Jahresbeitrages pro 1946.
5. Wahl des Verwaltungsrates.
6. Wahl der Kontrollstelle.
7. Die neuen Aktionen der Patenschaft Co-op.
8. Referat von Herrn Lehrer M. Baptista, Gemeindepräsident von Innerferrera (Graubünden):
   Die wirtschaftlichen Verhältnisse beider Ferrera vor und nach der Güterzusammenlegung
9. Allfälliges.

Allfällige Anträge der Mitglieder bitten wir, umgehend der Verwaltung der Patenschaft Co-op einzureichen.

Verwaltung des Patenschaft Co-op

Zentralverwaltung des V. S. K.

Gratisferien 1946

Die Zuteilung der Gratisferienwochen an die einzelnen Verbandsvereine ist durch Verlosung vorgenommen worden. Die Verbandsvereine haben mit dem «Bulletin» ein Verzeichnis erhalten, woraus ersichtlich ist, wieviel Personen sie im Jahre 1946, eventuell noch 1947, nach Jongny oder nach Weggis zur unentgeltlichen Verpflegung während der Dauer einer Woche zu entsenden berechtigt sind. Aus dem Verzeichnis geht auch hervor, ob das Ferienheim Jongny oder Weggis zugeteilt worden ist. Alle erforderlichen Angaben betreffend Gratiszuteilung der Ferienwochen finden sich im erwähnten Zirkular.

Zur Orientierung teilen wir noch mit, dass Jongny den Ganzjahresbetrieb am 9. Februar 1946 begonnen hat; Weggis ist vom 30. März bis 26. Oktober 1946 geöffnet.

Arbeitsmarkt

Angebot

Ich suche auf April/Mai passende Stelle als zweite, eventuell erste **Verkäuferin** in Konsumverein. Gute Kenntnisse in Lebensmittel- und Manufakturwarenbranche. S. Kobelt, zurzeit bei Westermann-Kobelt, «Waldheim», Erlenbach (Zch.)

Tochter mit absolvierter zweijähriger Lehrzeit sucht auf 15. April oder 1. Mai 1946 Stelle als **Verkäuferin.** Wäre nicht abgeneigt, im Haushalt etwas mitzuhelfen. Offerten erbeten unter Chiffre M. B. 52 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Ehrlicher, solider und zuverlässiger Bursche von 27 Jahren (Genossenschaftsmitglied) sucht Stelle als **Magaziner** oder **Spediteur,** eventuell als Müller. Beste Zeugnisse zur Verfügung. Offerten unter Chiffre J. K. 55 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Nachfrage

Wir suchen für Laden mit 230 000 Fr. Umsatz tüchtige, erfahrene **erste Verkäuferin** (Ladenhalterin). Gründliche Kenntnisse der Kolonialwaren-, Haushaltartikel- und Mercerie-Bonneteriebranche Bedingung. Anschluss an die Alters- und Invalidenversicherung des V. S. K. Eintritt so bald als möglich oder nach Uebereinkunft. Offerten mit Photo und Zeugniskopien nebst Angabe über bisherige Tätigkeit und Lohnansprüche sind zu richten an den Konsumverein Flawil (St. G.).

Der Konsumverein Muhen (Aargau), mit einem Jahresumsatz von 220 000 Fr., sucht auf 1. Juli 1946 einen **Verwalter** (eventuell Verkäuferpaar). Reflektiert wird auf einen genossenschaftlich gesinnten, organisatorisch begabten und verantwortungsbewussten Mann. Anmeldungen mit Lebenslauf, Angabe der bisherigen Tätigkeit, Beilage von Zeugniskopien und der Gehaltsansprüche sind bis 31. März 1946 zu richten an die Verwaltung des Konsumvereins Muhen.

Gesucht wird junger, der Lehre entlassener **kaufmännischer Angestellter** für allgemeine Büroarbeiten und Aushilfe im Magazin. Derselbe soll befähigt sein, den Verwalter bei dessen Abwesenheit zu vertreten. Günstige Gelegenheit, sich noch weiter auszubilden. Fleissige und treue Bewerber belieben ihre Offerten mit Bild und Zeugniskopien sowie unter Angabe der Gehaltsansprüche einzureichen an den Konsumverein Netstal (Glarus).

INHALT: *Seite*